

3. März 1943 75. Gedenktag zur Erinnerung an die Deportation der Sinti aus Niedersachsen Auschwitz-Erlass Verfolgung der Sinti und Roma



Lagerplatz von Sinti in Braunschweig-Veltenhof am 30.9.1940 (Foto: unbekannter Flakhelfer, Sammlung Gerda Held)

„Und einen Tag, das war am Sonnabend ... haben sie [die Polizisten] gesagt, „Keiner geht zur Arbeit!“. ... Da haben sie uns eingekreist. ... [...] Als wir in die Züge reingegangen sind, da haben die Älteren schon gesagt, „Wir Alten, wir kommen nicht mehr hier nach Hause.“ (1)

Zur Erinnerung an die Deportation

der meisten Braunschweiger Sinti aus dem Sammellager Veltenhof am 2. März 1943 in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau lädt der Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Friedenskapelle e. V., dem Heimatpfleger für den Stadtteil Veltenhof in der Stadt Braunschweig Bernd Maul sowie dem Projekt „Auf Spurensuche“ der Nibelungen-Realschule am

2. März 2018 von 14 bis 17 Uhr zu einer Busrundfahrt ein. Startpunkt ist an der Gedenkstätte Schillstraße. Eine Anmeldung wird bis zum 26. März erbeten unter 0531/2702565.

Die Braunschweiger Sinti-Familien waren seit 1933 zunehmend von Vorurteilen und Fremdenhass betroffen. Also kam es zu einer Verschärfung von Maßnahmen gegen sie: Besitzern von Plätzen und Flächen wurde untersagt, diese an sie zu vermieten. Bisherige Wohnwagenstellplätze mussten teilweise geräumt werden. 1938 wurde auf Initiative der Polizeidirektion Braunschweig ein zentraler Sammellagerplatz in Veltenhof eingerichtet. 1939 wurden im Stadtgebiet ca. 45 Sinti-Familien mit ca. 200 Personen registriert. Die Kinder wurden in Veltenhof in einer „Zigeunerklasse“ unterrichtet. Am 1. Januar 1942 wurde diese Klasse aufgelöst.

„In die Schule durften wir ja nicht, da sind wir arbeiten gegangen ... Dann war ich ungefähr zwölf, da ...hat meine Mutter einen Brief gekriegt, da musste ich in Zwangsarbeit machen, in einer Wäscherei.“(1). Das Sammellager der Braunschweiger Sinti in Veltenhof wurde am Anfang März von der Polizei geräumt und die Familien mit Lastwagen zum Ostbahnhof gebracht. Von dort transportierte sie ein aus Hannover kommender Zug nach Auschwitz-Birkenau. Die in Veltenhof verbliebenen wenigen Sinti, möglicherweise 25 Personen, u.a. Teilnehmer des Ersten Weltkrieges, übernahmen im Tausch teilweise die zurückgelassenen Wohnwagen. Später wurden die leerstehenden Wohnwagen der deportierten Sinti verbrannt.

Elvira R. überlebt die nationalsozialistische Verfolgung. Sie kehrt nach Braunschweig-Veltenhof zurück: „Dann bin ich aus dem Zug ausgestiegen und bin da hingegangen, nach Veltenhof. [...] Da hab ich nicht einen Wohnwagen gesehen! Und wo unser Wohnwagen gestanden hat, da ist eine Bombe reingefallen. Stellen Sie sich mal vor, ich komme da an und sehe keinen Menschen! Kein Mensch war da.“ (1)

Historischer Hintergrund

Am 16. Dezember 1942 hatte Heinrich Himmler, „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“, den sog. Auschwitz-Erlass, mit Durch-

führungserlass im Januar 1943 verfügt: Die Deportation der Sinti und Roma wurde im Frühjahr 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau angeordnet. Die Menschen wurden aus den Sammellagern deportiert, per Eisenbahn nach Auschwitz gebracht und dort größtenteils ermordet. Ebenfalls wurden auf der Grundlage des Erlasses ab 1943 ca. 2.000 bis 2.500 Zwangssterilisationen an Sinti und Roma durchgeführt.

Vorausgegangen war eine Zeit der Ausgrenzung und Entrechtung der Sinti und Roma aus rassistischen Gründen.

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten waren auch die Sinti und Roma von dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (Juli 1933) betroffen. Ca. 400 der insgesamt ca. 400.000 Sterilisationen wurden an ihnen vorgenommen.

Erstmals im Jahr 1938 wurden „Zigeuner“ im Rahmen der sog. Aktion „Arbeitsscheu Reich“ in größerer Zahl in die Konzentrationslager eingeliefert. Sog. „Asoziale“ wurden aufgrund des „Erlasses zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ KZ-Häftlinge. Als weitere Zäsur des Beginns einer systematischen Verfolgung ist ein Erlass vom 16. Mai 1938 zu werten: In der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerwesens“ sollten sämtliche Sinti und Roma im Deutschen Reich erfasst, alle Maßnahmen der „Zigeunerbekämpfung“ koordiniert und rassenbiologische Forschungsergebnisse ausgewertet werden. Eine weitere Verschärfung ergab sich aus dem „Zigeunererlass“ vom 8. Dezember 1938: Die ersten 910 Sinti aus Nordwestdeutschland wurden im Mai 1940 nach Belzec deportiert.

Auf Grundlage des sogenannten „Auschwitz-Erlasses“ erfolgten im März umfangreiche Deportationen. Erste Verhaftungen auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens begannen schon kurz vor dem 1. März 1943. In einem Sonderzug wurden Sinti aus Osnabrück, Minden, Han-

nover und Braunschweig nach Auschwitz-Birkenau gebracht, in das zu der Zeit noch unfertige „Zigeunerfamilienlager“. Dieses befand sich im Lagerabschnitt B II e. Bei der Ankunft in Auschwitz fanden keine Selektion und auch keine Trennung nach Geschlechtern statt. Die Familien wurden zusammen untergebracht.

Ein Teil der Häftlinge des „Zigeunerfamilienlagers“ überlebte: als „arbeitsfähig“ selektiert wurden sie als Arbeitskräfte ins Reichsgebiet transportiert. Über die Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora und dessen Außenkommandos kamen sie schließlich in das Konzentrationslager Bergen-Belsen. Dort befreiten sie britische Armeeeinheiten am 15. April 1945.

Der verbliebene Teil der Häftlinge, die letzten knapp 3.000 Insassen des „Zigeunerfamilienlagers“ Auschwitz-Birkenau, wurden in der Nacht vom 2. zum 3. August 1944 in den Gaskammern ermordet.

Ungefähr 500.000 Sinti und Roma wurden im Nationalsozialismus ermordet. „Die außerordentlich hohe Zahl der Opfer bei den deportierten Sinti erklärt sich in erster Linie durch den hohen Anteil der Kinder – in der Regel etwa die Hälfte der Deportierten. [...] Die Sintifamilien hatten mit dem Tod ihrer Kinder oft auch ihre Zukunft verloren und nicht viele hatten nach dem Krieg die Möglichkeit oder den Mut, eine neue Familie zu gründen.“ (2)

Erinnerungskultur

Auch in der deutschen Nachkriegsgesellschaft blieben die überlebenden Sinti und Roma gesellschaftlich und politisch ausgegrenzt.

Ein wichtiger Schritt zur Wahrnehmung und Anerkennung als Opfer eines rassenideologisch motivierten Völkermords im Nationalsozialismus war die Kundgebung auf dem Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen am 27. Oktober 1979. An dieser bundes- und europaweit beachteten Veranstaltung nahmen insgesamt rund 2.000 Teilnehmer_innen, darunter 500 Sinti und Roma,

teil. Im Jahr 1982 wurde auf der Inschriftenwand der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Inschrift zur Erinnerung ergänzt:

„In tiefer Trauer und tiefer Ehrfurcht
gedenken wir Sinti (Zigeuner)
der Opfer unseres Volkes.“

Durch ihren gewaltsamen Tod
sind sie den Lebenden Mahnung
zum Widerstand gegen das Unrecht.“

Es handelte sich dabei um eines der frühesten Erinnerungszeichen für die Sinti und Roma in der Bundesrepublik. Kurz zuvor, am 17. März 1982, hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Romas erstmals offiziell anerkannt.

Am 27. Januar 2011 sprach mit dem niederländischen Zoni Weisz erstmals ein Vertreter der Sinti und Roma vor dem deutschen Bundestag. Anlass war der Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Den vorläufigen Höhepunkt eines langen Kampfes um Wahrnehmung und Anerkennung bildet das im Oktober 2012 in Berlin eingeweihte „Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas.“

In Braunschweig gibt es seit dem 17. Oktober 2002 im Rathaus (Altbau) einen symbolischen Raum des Erinnerns und Gedenkens, der den Braunschweiger Sinti gewidmet ist (siehe diesen Rundbrief S. 18). Entstanden ist dieser auf Initiative des Verbandes Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Niedersachsen, Stadt Braunschweig. Die im Rahmen eines Forschungsprojektes recherchierten 125 Opfernamen sind Bestandteil der Erinnerungsstätte.

Literatur

(1) „Es war unmenschenmöglich“. Sinti aus Niedersachsen erzählen – Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus und Diskriminierung bis heute. Hrsg. v. Niedersächsischen Verband Deutscher Sinti e. V., Hannover 1995.

(2) Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Bremen 2012. (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Heft 14)

Weitere Informationen zu niedersächsischen Veranstaltungen:

- Raimond Reiter: Sinti und Roma im „Dritten Reich“ und die Geschichte der Sinti in Braunschweig. Marburg 2002.

- Programmheft von Veranstaltungen und Projekten in Niedersachsen und Bremen zum „75. Jahrestag der Deportation der Sinti und Roma nach Auschwitz“, herausgegeben von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Celle 2018.

Martina Staats

Der bevorstehende Jahrestag gab Anlass für mehrere Aktivitäten. Simone Weiss und Lorenz Meyer starteten im September 2017 in der Nibelungen-Realschule einen Wahlpflichtkurs Geschichte, der sich mit der Verfolgungsgeschichte der Sinti in Braunschweig befasste. Ein „Forschungsprogramm“ wurde entworfen. Die Schülerinnen und Schüler sprachen mit Rafaela Laubinger, der Tochter eines Verfolgten. Sie besuchten den Ort des Sammellagers in Veltenhof und trafen dort den Heimatpfleger und den Bezirksbürgermeister. Am heutigen Wohnplatz am Madamenweg sprachen sie mit jugendlichen Sinti. Sie entwarfen einen Text für eine neue Tafel an der Gedenkstätte Schillstraße und wählten als Motto ein Zitat des Historikers Marc Bloch: „Das Unverständnis der Gegenwart gegenüber entsteht zwangsläufig aus der Unkenntnis der Vergangenheit. Doch bemüht man sich vielleicht nicht minder vergeblich um das Verständnis der Vergangenheit, wenn man von der Gegenwart nichts weiß.“

Im Zusammenhang des Projekts entstand die Idee, den Ort des Sammellagers durch eine Informationstafel zu kennzeichnen. Der Arbeitskreis Andere Geschichte unter-

stützt dieses Vorhaben und Frank Ehrhardt entwarf einen Tafeltext. Die Überlegungen wurden dem Runden Tisch mit den Sinti vorgestellt und mit der Städtischen Verwaltung besprochen. Der Stadtbezirk Veltenhof-Rühme begrüßte einmütig das Vorhaben.

Allerdings ist zum Redaktionsschluss dieses Rundbriefes noch unsicher, ob die Tafel bis Anfang März realisiert werden kann. Auch ist die Vorbereitung der Veranstaltungen am Samstag, den 3. März 2018, noch nicht abgeschlossen.

Voraussichtlich gibt es ab 11:00 Uhr an der Erinnerungsstätte für die verfolgten und ermordeten Sinti im Rathaus ein Stilles Gedenken und eine Gedenkfeier, die die Sinti gestalten.

Genauere Angaben entnehmen Sie bitte der Zeitung oder erfragen Sie in der Gedenkstätte Schillstraße (0531/2702565).

Frank Ehrhardt

Die Pferdehändler aus Grajewo – ein Beispiel jüdischer Migration in Braunschweig

Bei den aus dem Osten Europas kommenden jüdischen Migranten, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Braunschweig niederließen, fällt auf, dass eine größere Zahl aus der heute polnischen Ortsgemeinschaft Grajewo stammten. Fast alle von dort zuziehenden Männer arbeiteten als Pferdehändler. Dieser Auffälligkeit möchte ich im Folgenden nachgehen.

Grajewo lag am Rand des russischen Zarenreichs an der Grenze zum ostpreußischen Masurien. Die russische Eisenbahn reichte bis in den Grenzort und von dort gab es eine Verbindung in das preußische Eisenbahnnetz. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich der Ort merklich. Handel mit landwirtschaftlichen Produkten wurde in beide Richtungen betrieben. Die Errichtung von Lagerhäusern am Bahnhof verdeutlichte den zunehmenden Güterumschlag. Grajewo hatte eine wachsende jüdische Bevölkerung. Zur Mitte des Jahrhunderts waren drei Viertel der Einwohner Juden. Nach einem Rückgang im Ersten Weltkrieg waren 1921 noch 39% der Bewohner der nun polnischen Kleinstadt jüdisch. Die Volkszählung in diesem Jahr ermittelte insgesamt 7340 Einwohner.

Anlässe, aus Grajewo auszuwandern, gab es unterschiedliche. Für die Pferdehändler war vermutlich die Suche nach neuen Absatzmärkten für die aus dem Ermland und Russland stammenden Pferde ein Motiv. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs lag Grajewo mitten im Kampfgebiet und war zeitweise unter deutscher Verwaltung. Erkennbar gab auch die staatliche Neugründung Polens einen starken Impuls für die Auswanderung jüdischer Bevölkerung.



Bernhard Friedmann betrieb seine Pferdehandlung in den Hintergebäuden des Gasthauses „Stadt Leipzig“ am Hagenmarkt (Foto: Stadtarchiv Braunschweig).

Familien aus Grajewo in Braunschweig

Wahrscheinlich war Scholem Schimmer der erste Pferdehändler aus Grajewo, der sich in Braunschweig niederließ. 1896 registriert die Meldekartei als Zuzugsjahr, seit 1901 ist er in den Adressbüchern verzeichnet. Der 1858 geborene Kaufmann lebte mit seiner Frau Klara (Chaja) in der Auguststraße 12, dem Haus der Gastwirtschaft "Stadt Rendsburg". Hier gab es vermutlich auch Stallungen, die er für sein Geschäft nutzen konnte. Offenbar war Schimmer ein erfolgreicher Geschäftsmann. Bei seinem Tod 1919 übernahm der Sohn Siegfried (Isak) das Geschäft. Er konnte die Häuser Auguststraße 12 und 13 kaufen und erhielt 1923 die deutsche Staatsbürgerschaft.

Offenbar noch länger war Moses Bogus als Pferdehändler in der Region tätig. 1894 erhielt er einen Gewerbeschein für den Kreis Ganders-

heim und wohnte in Seesen. Nach eigenen Angaben lebte er da schon einige Jahre im Herzogtum. 1906 eröffnete er in Braunschweig eine Filiale seiner Pferdehandlung, die er zu diesem Zeitpunkt in Goslar betrieb. Auch dieses Geschäft hatte seinen Sitz in einem Gasthaus, dem „Stadt Wolfenbüttel“ in der Kuhstraße 16, nur wenige Grundstücke von Schimmers Domizil entfernt. Das Haus wurde in den folgenden Jahren ein Stammsitz der Pferdehändler aus Grajewo. Es ist zu vermuten, dass die Übersiedlung des Geschäfts in das dynamischer wachsende Braunschweig auch darauf hinweist, dass der 1856 geborene Bogus seine Tätigkeit stärker auf den Fernhandel mit Pferden konzentrierte und das mühsame Verkaufsgeschäft mit den Endabnehmern auf dem Land nicht mehr selbst betrieb. Die bis nach dem Ersten Weltkrieg bestehende enge Beziehung zum Herkunftsort Grajewo wird dadurch verdeutlicht, dass sei-

ne Ehefrau erst 1921 nach Braunschweig übersiedelte.

Das Familiennetzwerk war eng gespannt. Immer wieder kamen Verwandte von Moses Bogus nach Braunschweig. Zum Teil war Braunschweig Durchgangsstation auf der Auswanderung nach Amerika. Dorthin war Abraham Bogus ausgewandert, dessen Ehefrau Mathilde einige Jahre in Braunschweig lebte, bevor sie 1924 nach New York aufbrach. Bei Moses Bogus selbst waren die Signale widersprüchlich: 1922 beantragte er die Einbürgerung und verwies darauf, dass er seit 40 Jahren im Deutschen Reich lebe und „heimatlos“ sei, da Grajewo durch den Krieg zerstört sei. Die Einbürgerung gelang ihm erst im zweiten Anlauf im Folgejahr. Der 70-jährige brach aber dennoch 1926 nach Amerika auf.

Im Gasthaus „Stadt Wolfenbüttel“ war seit 1916 Isaak Friedmann als Pferdehändler gemeldet. Der 1875 Geborene wohnte mit seiner Frau Dina in der Kuhstraße 28, dem Haus, in dem auch Moses Bogus in dieser Zeit lebte. Dina Friedmann (geb. 1879) war eine geborene Rauchmann. Jacob Rauchmann, geb.



Judko Rauchmann (aus dem NLA WO)

1875, Abraham (Hermann, genannt Grischko), geb. 1880 und Judko Rauchmann, geb. 1887, lebten bereits in der Vorkriegszeit in Braunschweig, gemeldet in der Kuhstraße 16. Es wundert nicht, dass in den

1920-er Jahren dann in der Kuhstraße 16 die Pferdehandlung unter „Friedmann und Rauchmann“ firmierte – die man ebenso wie schon Moses Bogus und Scholem Schimmer auch telefonisch erreichen konnte. Judko Rauchmann hat im Ersten Weltkrieg für Moses Bogus als Verkäufer und Begleiter von Pferdetransporten gearbeitet. Die Mutter der drei Brüder, die 1923 zugezogene Witwe Ida Rauchmann, war eine geborene Fischbein. Zur Familie Fischbein gehörte Benjamin Fischbein, der erstmals 1917 in der Kuhstraße 28 verzeichnet war. Auch er startete erfolgreich ins Braunschweiger Pferdegeschäft. 1922 lebte er am Wilhelmitorwall 11, einer bevorzugten Wohnlage. 1923 erwarb er mit seiner Frau Cäcilie, einer geborenen Silberstein, die Immobilie. Sein Geschäft betrieb er in der Schützenstraße.

Eine geborene Fischbein war Helene (Chaja) Abelsky, die zweite Ehefrau von Isaak Abelsky, einem weiteren Pferdehändler. Dessen Verwandter Robert Abelsky heiratete Regina Rauchmann, eine Tochter von Ida. Die 1912 geborene Tochter Isaaks Abelskys, Cilla, heiratete den 1909 geborenen Jacob Friedmann, einen Sohn von Isaak Friedmann. Isaak Abelsky handelte in den 1920-er Jahren in der Wendenstraße 26, in der der Restaurator Jörns seine Wirtschaft hatte.

Genannt werden muss noch Nochim Kawkiewicz, Pferdehändler aus Grajewo und ab 1920 am Madamenweg 29a gemeldet. Bei ihm sind die verwandtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Händlern nicht ersichtlich. Der 66-jährige kam mit seiner Frau Scheima Lei und der 20-jährigen Dina Kawkiewicz nach Braunschweig, die hier bald Gustav Laiter heiratete, Sohn einer aus Galizien zugewanderten Familie. Erwähnung finden sollen auch die Familien der drei Gebrüder Zemach, Enoch und Meier Wittkowski, die allerdings nicht mit Pferden handelten. Die Ehefrauen von Zemach und Enoch waren geborene Schimmer aus Grajewo.

Von 33 Pferdehändlern, die 1924

im Adressbuch in der Stadt Braunschweig verzeichnet waren, kamen sieben aus Grajewo. Noch zu nennen ist der 1877 geborene Moses Hersz Bogus, verheiratet mit Chana geb. Tettenbaum, der 1919 mit den Töchtern Sara und Estera zuzog. Auf welche Weise er mit dem 1856 geborenen Händler gleichen Namens verwandt war, ist aus den Meldeunterlagen nicht ersichtlich.

Einblicke in das Leben

Über Bernhard Friedmanns Leben sind wir etwas genauer unterrichtet. Der Sohn Isaak Friedmanns war in Grajewo bei den Großeltern Rauchmann aufgewachsen und erhielt Schulunterricht durch den Rabbiner. Zuhause habe man Deutsch gesprochen, berichtete er. Ab 1918 in Braunschweig, nahm er eine kaufmännische Lehre bei Weberiwaren Siegfried Cohn am Kohlmarkt auf, die er aber bald abbrach, da sein Vater tödlich verunglückt war. Er trat in das Geschäft „Friedmann und Rauchmann“ ein, das seine Mutter Dina und der Onkel Jakob Rauchmann führten. Das Geschäft mit mittelschweren Pferden, die von Bauern geschätzt wurden, lief gut. Es galt als das zweitgrößte in Braunschweig. Benachbarte Hufschmiede erinnerten sich, wöchentlich seien 15 bis 20 Pferde zu beschlagen gewesen. Schon bald machte sich Bernhard Friedmann selbstständig, und betrieb sein Geschäft auf dem Grundstück des Gasthofs „Stadt Leipzig“ am Hagenmarkt. Eine Geschäftskarte ist überliefert: „Ständige Auswahl in frischen leichten und mittelschweren Russen, Münsterländer und Ermländer. Acker- und Wagenpferde“. Er hatte immer Pferde im Stall und betrieb seinen Handel vom Firmensitz aus. Max Bogus war zeitweise als Kommissionär für ihn tätig und suchte die Kaufinteressenten auf. Kunden waren unter anderen Gärtner aus Wolfenbüttel.

Friedmann schilderte, dass er gesellschaftlich integriert war: Er war Mitglied im Radverein Brunonia, im Braunschweiger Mandolinclub, im Bund deutscher Radfahrer, der Reichsvereinigung deutscher Pferdehändler, im Zentralverband der

kaufmännischen Angestellten. 1929 heiratete er Irmgard Schönfeld, Tochter eines Kaufmanns. Die Familie wohnte in der Nachbarschaft der Kaiser-Wilhelm-Allee, in der Lützowstraße 5. Ein Sohn wurde 1931 geboren.

Von Hermann Fischbein, einem Sohn von Benjamin und Cäcilie gibt es einige Aussagen über seine Kindheit: Er wurde sehr streng erzogen, durfte keine Romane lesen, auch nicht spät schlafen gehen. Sieben Uhr war „Licht aus“. Nur zwei jüdische Schüler gab es auf dem Martino Katherineum, das er besuchte. Der Vater wollte keine deutsche Staatsangehörigkeit. „Wir durften nicht zuhören, wenn Vater und Mutter sich unterhielten. Die Eltern wohnten im ersten Stock, das Kinderzimmer war im zweiten Stock. (...) Ich war gesund, wir turnten bei Bar Kochba.“ Er besuchte die Religionsschule an der jüdischen Gemeinde. „Meine Eltern ließen mich nicht fromm sein, aber eine Bar-Mizwa Feier machten sie für mich und was für eine. Ich lernte trommeln, meine ganze Kindheit habe ich vertrommelt.“

Mit Beginn der Wirtschaftskrise ab 1928 wurde die Situation auf dem Land und damit der Pferdehandel schwieriger, wie das Beispiel des Geschäfts von Benjamin Fischbein zeigt. Er verzeichnete beträchtliche Ausfälle und Verluste beim Eintreiben gewährter Kredite, so dass eigenes Vermögen und die Mitgift der Ehefrau erheblich angegriffen waren. Eine Hypothek auf ihr Wohnhaus wurde gekündigt, das Haus bald zwangsversteigert. 1928 wurde Benjamin wegen Wechselbetrugs angezeigt und zu drei Monaten Strafe verurteilt. Mitte 1929 wurde er wegen eines weiteren Betrugs in zwei Fällen zu einer Geldstrafe verurteilt, im April 1930 erneut zu sechs Wochen Gefängnis. Fischbein setzte sich zur Wehr, erwiderte eine Beschuldigung mit einer Anzeige wegen Meineids und versuchte die Revision der Urteile zu erreichen. Am schwersten traf die fünfköpfige Familie Fischbein ein Ausweisungsbeschluss des Polizeipräsidiums zum 5.7.1930 als

Folge der Gerichtsurteile. Fischbein nannte 13 Leumundszeugen, Landwirte und Gutbesitzer, die bestätigen könnten, dass sein Geschäftsbetrieb stets musterhaft gewesen sei. Das Polnische Generalkonsulat in Berlin sprach sich für ein Entgegenkommen aus, weil Fischbein schon 26 Jahre in Deutschland sei. Benjamin Fischbein verwies auf die Folgen für seine Familie. Die drei Kinder besuchten erfolgreich mittlere und höhere Schulen. Die Ausbildung müsse abgebrochen werden. Die Polizeibehörden sahen ihn aber als „Schädling“, der Geschädigte verleumdet habe. Das bereits nationalsozialistisch geführte Innenministerium entschied sich Ende 1930 für ein Wirksamwerden der Ausweisung. Offenbar konnten Ehefrau und Kinder aber vorerst noch in Braunschweig bleiben und folgten erst im Folgejahr nach Polen. Nur der Sohn Hermann Fischbein blieb in Braunschweig bei seiner Tante Chaja Abelsky, um eine Goldschmiedelehre abzuschließen, die er aber bald abbrechen musste.

Verfolgung im Nationalsozialismus

Die Etablierung nationalsozialistischer Herrschaft bedeutete einen tiefen Einschnitt für die jüdischen Migranten. Bernhard Friedmann erinnerte sich an die Situation 1933 vor allem aufgrund massiver Gewalterfahrungen: Bei der Rückreise aus Polen sei er an der Zollstation Schneidemühl verhört und misshandelt worden. Was er nach Polen verschoben habe? Bald darauf hätten ihn Konkurrenten auf dem Hauptbahnhof Braunschweig angegriffen, einige in SA-Uniform: „Schlagt doch den Juden tot“. Er habe sich mit Mühe in eine Polizeistation retten können. Die Polizisten hätten ihn später „blutüberströmt“ durch ein rückwärtiges Fenster entkommen lassen. Als er 1935 bei einem Landwirt in Abbesbüttel einen Wechsel einlösen wollte, habe ihn dieser schwer beleidigt, mit einer Eisenstange niedergeschlagen und eine schwere Schädelverletzung zugefügt. Friedmann erzählte: „Ich hatte damals nur ein Interesse, Deutschland auf dem schnellsten Weg zu verlassen.“ Die Geschäftsauflösung verursachte hohe Verschleude-

rungsverluste, Pferde mussten nachts fortgeschafft werden, ein Mittelsmann sorgte für den Transfer von Geld über Polen nach Palästina. Im Januar 1936 verließ Friedmann mit dem Schiff „Ilsestein“ Deutschland. Ein Aufenthalt auf den Bermuda Inseln war erforderlich, da Friedmann nur ein Touristenvisum für die USA besaß. Mit Mühe gelang die dauerhafte Einreise. 1937 folgten Frau und Kind nach New York.

Unmittelbare Gewalterfahrungen machten im Juli 1933 Zelda und Hermann Rauchmann, die von der SA-Hilfspolizei in die Allgemeinen Ortskrankenkasse verschleppt wurden und später im Kreisgefängnis Renneberg in „Schutzhaft“ genommen wurden. Mit Hilfe von Rabbiner Dr. Gärtner versuchte der entlassene Rauchmann, die Freilassung seiner Frau zu erreichen, da diese die Gefängniskost aufgrund der Speisegesetze nicht essen könne. Hermann Rauchmann verstarb zwei Jahre später in einem Alter von 45 Jahren.

Die Flucht ergriffen vor allem jüngere Menschen. Die beiden Töchter von Moses Bogus, Estera Malka und Sara Salka gingen Mitte 1933 nach Paris. Estera gab ihr Schneideratelier in der elterlichen Wohnung in der Wendenstraße auf, das sie bereits mehrere Jahre betrieben hatte. In Paris erhielt sie zuerst keine Erlaubnis zum Ausüben eines Gewerbes. Erst als sie heiratete, besserte sich die Situation. Nach der deutschen Besetzung versteckte sie sich bei einer christlichen Familie und lebte zwei Jahre in der Illegalität. Saras Schicksal war ähnlich. Auch sie heiratete in der Emigration bald und überlebte später in einem Versteck.

Bei der Massenabschiebung von polnischen Juden aus Braunschweig nach Zbaszyn am 29.10.1938 finden sich nur noch einige Namen von aus Grajewo stammenden Menschen: Isaak und Adessa Abelsky, Moses und Erna Bogus, Dina Friedmann und Zelda Rauchmann sowie die Familie des ebenfalls aus der Grenzstadt kommenden Chaim Kanowski, seiner Ehefrau Gertrud und die

Tochter Elfriede.

Sally Friedmann, ein jüngerer Bruder von Bernhard, lebte 1939 noch in Braunschweig. Er blieb offenbar, möglicherweise mit seiner Frau Rosa, geb. Bogus, und dem Säugling Henry. Als Tag seiner „Auswanderung“ ist der 31.3.1942 notiert, der Tag der ersten Deportation in das Getto Warschau.

Diejenigen aus den genannten Familien aus Grajewo, die den Holocaust überlebten, waren in der Nachkriegszeit in Israel oder in den Vereinigten Staaten, wo sie auch blieben. Eine Ausnahme machte Bernhard Friedmann (Bernard Frydman). Nachdem seine erste Frau in den USA gestorben war, kam Fried-

mann 1960 zurück nach Deutschland und zog nach Braunschweig. An einen Pferdehandel war nicht mehr zu denken. Doch Friedmann erstritt Leistungen im Rahmen der Wiedergutmachung, darunter eine monatliche Rente. Er heiratete 1963 erneut und wohnte im Neubaugebiet Heidberg. 1966 starb er nach einer Operation.

Soweit eine erste Skizze, die noch viele Fragen aufwirft. Für Hinweise bin ich insofern dankbar, denn das Beispiel der Pferdehändler aus Grajewo soll in der für dieses Jahr geplanten Ausstellung über jüdische Migranten aus Osteuropa Aufnahme finden.

Frank Ehrhardt

Hitlers Braunschweiger Personal

Reinhard Bein (Hrsg.)



Mit Beiträgen von Regina Blume, Heinz Günther Halbeisen, Gudrun Hirschmann, Dietrich Kuessner, Hans-Ludewig, Dieter Miosge, Almuth Rohloff, Isabel Rohloff, Jannik Sachweh, Manfred Urnau, Susanne Weihmann und Michael Wetter

döring-DRUCK,
Braunschweig 2017; 14,95 €

Täter · Opfer · Nutznießer

Beiträge zur Geschichte
Braunschweigs im
Nationalsozialismus
Band 2



Herausgegeben von Frank Ehrhardt
im Auftrag des Arbeitskreises
Andere Geschichte e.V.

Mit Aufsätzen von
Frank Ehrhardt, Malte Klein, Hans-
Ulrich Ludewig, Jonathan Voges und
Michael Wetter

Appelhans-Verlag
Braunschweig 2016; 12,80 €

Bitte ausschneiden und
abgeben oder übersenden

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied im
Arbeitskreis Andere
Geschichte e.V. werden.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag von
(zutreffendes ankreuzen)

☐ 50,- Euro (Grundbetrag)
☐ 60,- Euro (oder ein
höherer Förderbetrag von
insgesamt
.....,- Euro)

☐ 15,- Euro (ermäßigt)

☐ wird von mir überwiesen
auf das Konto des
Arbeitskreises bei der
Postbank Hannover

IBAN:

DE 1525 0100 3003 71203307

BIC: PBNKDEFF

☐ soll von meinem Konto
abgebucht werden. Ich
erhalte ein entsprechen-
des Formular.

(Datum)

(Unterschrift)

Name, Vorname:

Anschrift:

E-Mail:

Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises Andere Geschichte im Jahr 2017

Der seit 1985 bestehende Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. befasst sich mit der Erforschung und Vermittlung der Braunschweiger Regionalgeschichte, vorrangig des 20. Jahrhunderts. Seit siebzehn Jahren betreut der Verein im Rahmen eines Vertragsverhältnisses die städtische Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße, die inzwischen das Haupttätigkeitsfeld ist.

Der Verein führt 150 historisch Interessierte zusammen, die sich ehrenamtlich in die Arbeit einbringen. Zugleich beschäftigt der Arbeitskreis drei berufliche Mitarbeiter(innen).

In den letzten Jahren konnte der Arbeitskreis Andere Geschichte die Besucherzahl in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße beständig ausbauen. Dabei ist ausschlaggebend, dass seit 2015 eine Stelle für pädagogische Aufgaben besteht. Gerald Hartwig, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Gedenkstättenpädagogik, gelang es, das Angebot an Führungen und Projekttagen kontinuierlich auszubauen. Insbesondere das Interesse an diesen Veranstaltungen erklärt den erfreulichen Zuwachs.

Dieser positiven Entwicklung steht eine Besorgnis bereitende Veränderung gegenüber: Bereits 2016 wurde die Gedenkveranstaltung des „Bündnis gegen Rechts“ durch Neonazis beeinträchtigt. In der Nacht vom 10. Mai kam es zu einer Schändung der Gedenkstätte durch Farbschmierereien. 2017 wiederholte sich dieser Vorgang durch einen erneuten Farbangriff am 3. Mai. Wenige Tage darauf meldeten die Jungen Nationaldemokraten eine „Schill-Gedenkfeier“ am historischen Schilldenkmal an. Am Tag der angemeldeten Veranstaltung versammelten sich einige hundert Gegendemonstranten. Neonazis erschienen nicht. Sie hatten bereits am Vortag am Schilldenkmal ein Foto von zwei

Personen mit brennenden Fackeln aufgenommen. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass die Rechtsradikalen die Gedenkstätte als neues Handlungsfeld angesichts der politischen Veränderungen in der Gesellschaft entdeckt haben.

Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße

Offenes Archiv

Im Mittelpunkt der Gedenkstätte steht als zentrales Exponat das Offene Archiv „Braunschweig – eine Stadt in Deutschland erinnert sich“, das die Hamburger Künstlerin Sigrid Sigurdsson seit 1997 initiierte. Die Sammlung lädt Einzelpersonen, Vereinigungen und Institutionen zur Beteiligung anhand von Kassetten mit Erinnerungen, Dokumenten und Ausarbeitungen zur Geschichte der Stadt Braunschweig in den Jahren 1933 – 1945 ein. Die Sammlung ähnelt einem anderen Kunstwerk Sigrid Sigurdssons, das dieses Jahr mit der Neueröffnung des Historischen Museums Frankfurt einen prominenten Standort erhielt: die „Bibliothek der Generationen“, ein Offenes Archiv für Frankfurt in den Jahren 2000 – 2105.

Acht Kassetten erweitern im Jahr 2017 die Braunschweiger Sammlung: Zwei neue Kassetten haben Bezug zu der Umgestaltung des früheren Lagergeländes zum Einkaufs- und Bürozentrum BraWoPark: Eine Sammlungskassette enthält die Vorschläge, die Sigrid Sigurdsson in den letzten Jahren zur Gestaltung der Anlage der Gedenkstätte erarbeitete. Eine zweite Kassette enthält weitere Ergebnisse des Diskussionsprozesses über den Umgang mit dem früheren Lagerareal. So sind hier der Grabungsbericht über die archäologische Untersuchung des Geländes, die Diskussionsbeiträge des Arbeitskreises Andere Geschichte und die Entwürfe der Agentur „Ikon“ enthalten. Das Treffen „Gespräch der Generationen“,

das 2015 unter Beteiligung ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen stattfand, wird in einer dritten Kassette dokumentiert. Nachgetragen wurden in einer weiteren Kassette die Materialien zur Ausstellung „Kampf der Bilder. Braunschweig 1930 – 1933 im Spiegel der Fotografie“, die 2008 in der Gedenkstätte präsentiert wurde.

Laufende Zugänge erhält das Offene Archiv durch die Ausarbeitungen von Schulgruppen, die bei der Begleitung von „Stolperstein“-Setzungen des Künstlers Gunter Demnig entstehen. Zu diesem Thema ist eine dritte Sammlungskassette zur Aufnahme der Arbeiten über die Biografien verfolgter Braunschweigerinnen und Braunschweiger angefertigt, die bereits gut gefüllt ist. Sie enthält unter anderem Dokumentationen der Heinrich Büssing Schule, der IGS Querum, des Gymnasiums Martino-Katharineum und der Realschule Kennedy-Platz.

Ein hervorhebenswerter Zugang geht auf das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und Stadtpräsentationen der Stadt Wolfsburg zurück. Sie fertigten eine Dokumentation über den Arbeitseinsatz italienischer Arbeiter unter dem Titel „Vom ‚Kameraden der Arbeit‘ zum ‚Badoglio-Verräter‘. Zwangsarbeit in der Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“. Ein weiterer wichtiger Zugang erfolgte mit der Kassette des Gymnasiums Neue Oberschule: Dort wurden zwei Facharbeiten über „Stille Helden“ – Fluchthelfer für im Nationalsozialismus Verfolgte – eingefügt. Hinzu kamen Dokumente und Fotografien aus dem Besitz der Familie Morgenstern, die der Jüdin Marianne Strauß in Braunschweig-Lehndorf einen Fluchtort geboten hatte (siehe dazu auch „Pädagogische Angebote“).

Zwei weitere Kassetten sind für die

Aufnahme der Überlieferung der Initiative „Denkmal Grauer Bus“ vergeben. Diese machte 2015 durch die Präsentation des mobilen Denkmals und einer gut besuchten Begleitausstellung auf das Thema der NS-Euthanasie aufmerksam – bisher ein Desiderat der stadtschichtlichen Sammlung. Die Initiative hat auch einen Text für eine Tafel auf der Begrenzungsmauer des früheren KZ-Geländes entworfen. Diese wird Anfang 2018 zusammen mit einer weiteren Hinweistafel des Fritz Bauer Freundeskreises angebracht. Diese Tafeln ergänzen die fast 200 Tafeln im Außenbereich, die als eine ständig zugängliche Ausstellung auf das Offene Archiv hinweisen.

Besucherinnen und Besucher

Die Gedenkstätte war 2017 regelmäßig am Dienstag und Mittwoch von 14 bis 17 Uhr, am Donnerstag von 16 bis 19 Uhr sowie am ersten Samstag im Monat von 14 – 17 Uhr geöffnet. Von den insgesamt 164 Öffnungstagen wurden sieben durch ehrenamtlich tätige Mitglie-

betreut wurden, wurde die bisher höchste Zahl erreicht (siehe dazu den entsprechenden Abschnitt).

Die nichtschulischen Besuchergruppen umfassten ein breites Spektrum an Interessenten: So kamen Gäste im Rahmen der Sommerprogramme der CDU und der SPD, Mitglieder des Rotary-Clubs, der GEW und der IG Metall, eine multinationale Konversationsgruppe, Freiwillige des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Studierende mehrerer Universitätsseminare, Teilnehmende einer Fahrradtour des Braunschweiger Forums.

Veranstaltungen

Das Veranstaltungsprogramm begann mit einem Lerntag anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Holocaust, der diesmal am Sonntag den 29.1.2017 stattfand. Thema der gut besuchten Halbtagesveranstaltung war „die Deportation der Braunschweiger Juden vor 75 Jahren“. Dr. Jens Binner, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, gab einleitend einen Überblick über die

nannte die Namen der Beteiligten und ging einzelnen Spuren für das Geschehen nach der Ankunft der Deportierten im Getto Warschau nach. Die Braunschweiger Zeitung berichtete mit einem großformatigen und ansprechenden Artikel vorab über die Deportationen aus der Okerstadt. Die Veranstaltungsbeiträge von Susanne Weihmann und Frank Ehrhardt wurde in einer Kurzform im Rundbrief 1/2017 des Arbeitskreises veröffentlicht.

Zum Gedenktag am 27. Januar fand ein Stilles Gedenken durch die Stadt Braunschweig statt, das starke Resonanz fand. Bürgermeisterin Annegret Ihbe und Bürgermeister Dr. Helmut Blöcker enthüllten eine neue Hinweistafel vor dem Haus der Gedenkstätte. Diese gehört zu drei entsprechenden Informationen, die an der Leuchtschrift „Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit“ und an der Fundstelle des Fundamentrestes einer Baracke die Außenanlage erläutern. Schüler der Oskar Kämmer Schule, die sehr zahlreich erschienen waren, been-

	2014		2015		2016		2017	
		Besucher		Besucher		Besucher		Besucher
Öffnungstage	168		159		165		164	
Einzelbesucher		305		217		305		318
Öffentliche Veranstaltungen	15	517	15	454	14	512	13	488
Schulklassen	27	628	24	414	39	731	45	896
Besuchergruppen	8	176	14	195	16	253	18	308
Gesamtzahl		1626		1280		1801		2010

der betreut. An den restlichen Tagen waren die beiden Gedenkstättenmitarbeiter anwesend.

2017 wurde in der Gedenkstätte die höchste Besucherzahl seit ihrer Eröffnung erreicht. An diesem Erfolg waren Besucherinnen und Besucher aus allen gezählten Kategorien beteiligt: Durch die Präsentation einer Wanderausstellung wurden erneut mehr Einzelpersonen zum Betreten der Gedenkstätte während der Öffnungszeiten motiviert. 13 öffentliche Veranstaltungen stießen auf eine gute Resonanz. Mit 45 Schul- und Jugendgruppen, die im Rahmen der pädagogischen Arbeit

Deportationen im norddeutschen Raum in den Jahren 1941 und 1942. Er stellte eine neue Internetpräsentation der Stiftung auf der Seite "geschichte-bewußt-sein.de" vor, die vor allem Biografien von Betroffenen veranschaulicht. Susanne Weihmann, engagierte Regionalforscherin in Helmstedt und Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Andere Geschichte, schilderte die Ereignisse am Beispiel von Helmstedter Familien, wie der Familie Mindus. Frank Ehrhardt konzentrierte sich auf die Darstellung der Deportation der Braunschweiger Juden am 31.3./1.4.1942 mithilfe von Augenzeugenberichten. Er

deten dort einen Gedenkmarsch, der als Abschluss einer Projektwoche „Sieh hin! Handle widerständig!“ durch die Stadt führte.

Eine Vortragsreihe stellte in der ersten Jahreshälfte Aspekte des Rechtsradikalismus in der regionalen Geschichte vor. In dem ersten Vortrag sprach der Historiker Markus Gröchtmeier am 20.4. über den Aufstieg der NSDAP in Wolfenbüttel: „1922 – Hitlers erste Helfer in Norddeutschland“. Vortrag und anschließende Diskussion interessierten sich vor allem für die Gründe des frühen Tätigwerdens der NSDAP in der Kreisstadt. Per-



Markus Gröchtemeier referierte zum Aufstieg der NSDAP in Wolfenbüttel
(Foto: G. Hartwig)

sonelle Kontinuitäten zum Antisemitismus des Kaiserreichs waren ebenso angesprochene Fragen wie eine Analyse der sozialen Milieus der früheren Residenzstadt.

Der Historiker Dr. Alexander Kraus vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentationen, Wolfsburg, gestaltete die nächste Veranstaltung am 18.5.2017. Seine Untersuchung der Gründe für die Erfolge der rechtsradikalen Deutschen Rechtspartei bei der Kommunalwahl 1948 basierte auf einer Auswertung der Tagesbuchaufzeichnungen eines Kochs, die die Wahrnehmungen und Deutungen der Zeitgenossen gut widerspiegeln. Im Gespräch ging es unter anderem um die Repräsentativität dieser Quelle. Die Braunschweiger Zeitung kündigte die Veranstaltung nach einer vorherigen Kontaktaufnahme mit dem Referenten mit einem Artikel ausführlich an.

Einen zeitlichen Sprung vollzog die Politologin und Journalistin Dr. Stefanie Waske mit ihrem abschließenden Beitrag zu der Vortragsreihe am 22.6.2017. Sie nahm das Geschehen des Münchener Oktoberfest-Attentats zum Ausgangspunkt für eine Darstellung der rechtsradikalen Szene der Wehrsportgruppen der 1980-er Jahre. Regionale Bezüge wurden unter anderem durch Veranstaltungsteilnehmende

hergestellt, die von einer paramilitärischen Organisation in Lehre berichteten. Offenkundig wurde, dass bundesweite rechtsradikale Netzwerke nicht erst ein Phänomen aus der Gegenwart sind.

Zwei Veranstaltungen wurden durch die Akademie regionale Gewerkschaftsgeschichte in der Gedenkstätte angeboten. Am 6. Mai fand ein Zeitzeugengespräch über Erinnerungen an die letzten Kriegsjahre statt. Und am 1. Juni 2017 berichtete Gundolf Algermisen am Beispiel der Firma Voigtländer über die Wiederaufnahme der Produktion bereits im Mai 1945.

Der Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1938 fand durch zwei Veranstaltungen Beachtung: Schon am 2. November 2017 sprach die Berliner Historikerin Alina Bothe in der Gedenkstätte und berichtete über ihr Habilitationsvorhaben. Es befasst sich mit der Ausweisung von 17.000 Juden polnischer Herkunft am 27.10.1938 aus Deutschland. Sie ging auf die Biografien von mehreren Betroffenen aus Braunschweig ein und hob die besondere Situation von deutschen Frauen hervor, die mit polnischen Männern verheiratet waren. Die Braunschweiger Zeitung berichtete in einem ausführlichen Artikel über Frau Bothes Arbeit und die zugrundeliegenden Einzelschicksale.

Am Sonntag den 12.11. fand eine Nachmittagsveranstaltung unter dem Titel „Die Pogromnacht im Braunschweiger Land“ statt. Das Publikumsinteresse war stark und die vorhandenen Sitzmöglichkeiten in der Gedenkstätte waren restlos besetzt. Den Auftakt gestaltete Dietrich Kuessner, Pfarrer im Ruhestand. Er zeichnete ein differenziertes Bild der Vorgänge in mehreren Gemeinden des Freistaats Braunschweig, benannte Täter und Zuschauer und schilderte die Abläufe der Gewalttaten. Nach einer lebhaften Aussprache und einer Kaffeepause schilderte Romy Stumpe die gerichtliche Auseinandersetzung in der Nachkriegszeit über die Brandstiftung an der Seesener Synagoge und die Tötung eines verhafteten Juden. Die Studentin der Geschichtswissenschaft hatte im Rahmen eines Praktikums in der Gedenkstätte Schillstraße die archivalische Überlieferung der unterschiedlichen Gerichtsverfahren gesichtet und sich über die Vorkommnisse der Pogromnacht, die Anlässe zur Strafverfolgung, die Anklagen und die gerichtlichen Streitfragen orientiert. In einer ausführlichen Darstellung konnte sie auch eine Einordnung in die justizielle Aufarbeitung der NS-Verbrechen insgesamt vornehmen. Die Leistung der Studentin fand große Anerkennung.

Ausstellung

Vom 16.3. bis 8.4.2017 war in der Gedenkstätte die Ausstellung „Zeichne, was Du siehst“. Zeichnungen eines Kindes aus Theresienstadt/Terezin, zu sehen. Die Ausstellung des Niedersächsischen Vereins zur Förderung von Theresienstadt/Terezin e.V. zeigt Reproduktion von Zeichnungen von Helga Weissowá, die diese im Getto anfertigte. Die erhalten gebliebenen Skizzen veranschaulichen die Beobachtungen, die die 12-Jährige machte. So zeichnete sie die Ankunft älterer Deportierter, denen man die Verschickung in ein Altersgetto vorgegaukelt hatte. Sie fertigte Glückwunschkarten, die alle Festmahlzeiten ausmalten, die es im Getto nie gab. Und sie hielt „Verschönerungsarbeiten“

fest, die angesichts des Besuchs einer Delegation der Internationalen Roten Kreuzes angeordnet wurden.

In einer Eröffnungsveranstaltung am 28.3. schilderte Rita Weiler das Entstehen der Ausstellung im Rahmen der Arbeit des Niedersächsischen Vereins. Als Zeitzeugin berichtete Michaela Vidláková über die Situation in der früheren nordböhmischen Festungsstadt. Die spätere Naturwissenschaftlerin schilderte, wie immer wieder Zufälle ein Überleben ermöglicht hatten. Herbert Scheibe verlas eine Grußbotschaft des in Australien lebenden Theresienstadt-Häftlings Garry Fabian. Die Ausstellung erwies sich als geeignetes Medium für die Arbeit mit Schulklassen. Durch die Präsentation einer kindlichen Lebenswelt in den Zeichnungen ermöglichte sie eine leichtere Annäherung an die Situationen der Verfolgung für heutige, gleichaltrige Betrachterinnen und Betrachter.

Pädagogische Arbeit

Seit dem 1. September 2016 ist Gerald Hartwig als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die pädagogische Arbeit in der Gedenkstätte Schilstraße verantwortlich. Die Stadt Braunschweig finanziert diese unbefristete 50%-Stelle und ermöglicht somit einen kontinuierlichen Ausbau der pädagogischen Angebote. Gerald Hartwig vernetzte sich mit Lehrerinnen und Lehrern, um wiederkehrende Besuche zu arrangieren und bewarb die Bildungsformate in Fachkonferenzen einiger Schulen. Besonders in der ersten Jahreshälfte war das Interesse von Gruppen nach Führungen und Projekttagen sehr groß. Einzelne Schulklassen besuchten darüber hinaus sogar für zweitägige Veranstaltungen mit einem erweiterten Themenspektrum die Gedenkstätte. Neben Schulklassen aus Braunschweig und der Region konnte auch bei anderen Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Interesse an einem Besuch der Gedenkstätte geweckt werden. Erfreulich ist dabei, dass einige von diesen Gruppen ebenfalls sehr daran interessiert sind, Besuche kontinuierlich zu ermöglichen und mit ihren



Zeitzeugin Michaela Vidláková eröffnete die Ausstellung „Zeichne, was Du siehst“ und berichtete über die Situation in Theresienstadt/Terezin (Foto: M. Wettern)

eigenen Angeboten abzustimmen. So möchte die Auszubildendenvertretung von Volkswagen Braunschweig jedes Jahr mit allen neuen Auszubildenden die Gedenkstätte besuchen. Auch das Bildungszentrum Braunschweig hat bereits im Jahr 2017 wiederholt mit von ihnen betreuten Bundesfreiwilligen aus deutschlandweiten Einrichtungen die Gedenkstätte besucht und bereits für das Jahr 2018 mehrere Besuchstermine vereinbart.

Im vergangenen Jahr gab es auch wieder einige Sonderführungen mit speziellen Inhalten nach vorheriger Absprache. So kamen Geschichtsstudierende sowie Referendare und Referendarinnen von Studienseminaren in die Gedenkstätte, um im Hinblick auf ihren Arbeitskontext einen Überblick über die verschiedenen Bildungsformate der Gedenkstätte zu bekommen und somit einen Anreiz zu erhalten, spätere Besuche mit Schulklassen einzuplanen. Auch wurden abermals einige Gruppen, z.B. von der Nibelungen Realschule und des mit den Braunschweiger Falken kooperierenden Bildungsprojektes PeerLeader-International bei biographischen Recherchen im Kontext der Stolpersteinverlegungen unterstützt. Außerdem besuchten im April 2017 mehrere Klassen der BBS V die Gedenkstätte, um sich im Rahmen

eines von Gerald Hartwig darauf abgestimmten Angebotes ausschließlich mit der oben genannten Wanderausstellung „Zeichne, was Du siehst“ auseinanderzusetzen.

Zur Deckung der zunehmenden Nachfrage an Führungen und Projekttagen in der Gedenkstätte wurde von Gerald Hartwig der Aufbau eines Besucherdienstes vorangetrieben. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten übernimmt seit Anfang 2017 auf Antrag eine Förderung der Honorare von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es konnte so ein kleines Team von zunächst fünf Personen zur Wahrnehmung von Gruppenbetreuungen gewonnen werden. Zwei Beteiligte studieren an der TU Braunschweig u.a. Geschichte auf Lehramt, die anderen drei Mitarbeiterinnen haben Erfahrungen im Bereich der historisch-politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Nachdem diese zunächst bei von Gerald Hartwig durchgeführten Veranstaltungen hospitiert hatten und von ihm an die ortsrelevante Thematik und Bildungsmaterialien herangeführt wurden, haben inzwischen fast alle eigenständige Gruppenbetreuungen übernommen.

Unabhängig von den Gruppenbesuchen sind Schülerinnen und Schüler sowie Studierende von Gerald Hart-

wig auch intensiv bei der Erstellung von Fach- und Seminararbeiten unterstützt worden. Zwei Studentinnen der Ostfalia Hochschule Wolfenbüttel recherchierten zur Geschichte der Gedenkstätte und des historischen Ortes und fassten anschließend wesentliche Informationen in Leichter Sprache zusammen, welche anschließend der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt wurden. Eine Schülerin des Gymnasiums CJD Christophoruschule befasste sich in ihrer Facharbeit mit der Geschichte des KZ-Außenlagers und stellte die Inhalte ihrer Schulklasse im Rahmen einer Führung in der Gedenkstätte vor. Besonders erwähnenswert ist ferner das schon angesprochene Projekt, welches mit zwei Schülern des Gymnasiums Neue Oberschule durchgeführt wurde. Diese beschäftigten sich in ihren Facharbeiten mit dem Thema der „Stillen Helden“ am Beispiel der Braunschweiger Familie Morgenstern, welche in ihrer Wohnung in der Schölkestraße (Braunschweig-Lehdorf) ab etwa Oktober 1943 für einige Monate die Jüdin Marianne Strauß versteckt hatte. Das Ehepaar Karin und Karl Morgenstern gehörte dem „Bund - Gemeinschaft für sozialistisches Leben“ an, deren Mitglieder ab 1938 aktiv Jüdinnen und Juden bei ihrem Untertauchen oder auch der Flucht ins Ausland halfen. Über das Internet konnte Barbara Martin, Tochter des inzwischen verstorbenen Ehepaares, ausfindig gemacht und über Gerald Hartwig der Kontakt zu ihr hergestellt werden. Die beiden Schüler Jan-Niklas Homeier und Christian Gnegel recherchierten zunächst Literatur und ergänzendes Quellenmaterial und führten Ende Januar 2017 zusammen mit Gerald Hartwig Telefoninterviews mit Barbara Martin sowie ihrer älteren, nun in der Schweiz lebenden Schwester Ruth Morgenstern durch. Die Inhalte ließen sie in ihre Facharbeiten einfließen. Am 8. August 2017 besuchte Barbara Martin schließlich noch für ein Zeitzeugengespräch mit den beiden Schülern und ihrem Leistungskurs die Gedenkstätte Schillstraße. Die Facharbeiten sowie diverse Materialien fanden Eingang in das



Johanna Thiemecke führte als neue Honorarkraft einen Projekttag mit Jugendlichen in der Gedenkstätte durch (Foto: G. Hartwig)

„Offene Archiv“ der Gedenkstätte.

Im Jahre 2017 wurde an bestehenden Kooperationen mit anderen Einrichtungen angeknüpft oder neue Zusammenarbeiten initiiert. So beteiligte sich beispielsweise die Gedenkstätte im April erneut an einem modular aufgebauten Aktionstag für Schulklassen, welcher vom Braunschweiger Landesmuseum konzipiert wurde und bot in diesem Rahmen einen themenbezogenen Workshop an. Außerdem vertrat Gerald Hartwig die Gedenkstätte nicht nur auf ausgewählten Fachtagungen, sondern auch in dem von der Volkshochschule Braunschweig initiierten Kooperationsprojekt „Woher kommen wir? Wohin wollen wir? Spurensuche und Zusammenleben heute und morgen – konkret vor Ort“, in dessen Rahmen zwischen Oktober 2017 und Dezember 2018 niedrigschwellige Lernangebote und Bildungsmaterialien zu historisch-politischen Grundbildungsthemen, darunter auch zur Verfolgungsgeschichte im Nationalsozialismus und der Geschichte des KZ-Außenlagers Schillstraße, erarbeitet werden sollen.

Für ein neues pädagogisches Projekt unter dem Titel „Künstlerische Auseinandersetzung mit der Lebenssituation polnischer Zwangsarbeiter_innen und ihrer Familien während der NS-Zeit in Braun-

schweig“ wurde bis Ende Oktober 2017 ein Antrag zur vollen Förderung bei der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten eingereicht, der im Dezember genehmigt wurde. Die Projektlaufzeit beträgt fünf Monate von Februar bis Juni 2018. Im Rahmen des Projektes soll ein nachhaltiges Angebot generiert werden, welches auf Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9 zugeschnitten ist. Das Projekt ist interdisziplinär angelegt und verknüpft Aspekte der historisch-politischen Bildungsarbeit mit Kunstpädagogik. Dabei wird die bestehende Stelle von Gerald Hartwig während der Projektlaufzeit auf 80 Prozent der regulären wöchentlichen Arbeitszeit erhöht, für eine kunstpädagogische Fachkraft wird ein Werkvertrag vergeben. Sie werden die drei Tage umfassenden Workshops ausarbeiten und erproben. Jugendliche sollen dabei inhaltlich an das Thema Zwangsarbeit in Braunschweig herangeführt werden und auf Grundlage historischen Quellenmaterials, insbesondere historische Fotografien aus dem Privatbesitz ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, welche von Dr. Karl Liedke zusammengetragen wurden, eigenständig kommentierte Skizzen erstellen. Dabei sollen unterschiedliche künstlerische Arbeitsmaterialien unter Anleitung eingesetzt und verschiedene Zeichenstile aufgegriffen werden. Das



*Erprobung des internetbasierten Geländeguides im Außenbereich der Gedenkstätte
(Foto: G. Hartwig)*

neue Bildungsangebot soll nach Projektabschluss verstetigt und die fortlaufend entstehenden künstlerischen Darstellungen öffentlich präsentiert werden.

Internetbasierter Geländeguide für die Gedenkstätte Schillstraße

In der Gedenkstätte Schillstraße wird es ab Frühjahr 2018 ein neues Angebot geben, welches Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit bietet, sich im Außenbereich der Gedenkstätte und auf dem Gelände des BraWoParks besser zu orientieren. Insbesondere die Verortung und die bauliche Struktur des früheren KZ-Außenlagers soll nachvollziehbarer werden. Interessierte können sich dabei eigenständig Informationen zur Geschichte des historischen Ortes erschließen. Dabei werden auch die unterschiedlichen Zeitebenen und die damit verknüpften Entwicklungen und Objekte erläutert - von der Errichtung des Schilldenkmals, über die NS-Zeit und die Nachkriegszeit bis in die Gegenwart.

Dieser Zugang in Form eines „Geländeguides“ soll über eine neugestaltete Internetseite ermöglicht werden, welche primär für die Nutzung auf mobilen Endgeräten (Smartphones, Tablets) optimiert ist. Es handelt sich dabei um eine „responsive Webseite“, welche sich in der grafischen Darstellung dyna-

misch an unterschiedliche Displaygrößen anpasst und sich unabhängig vom Betriebssystem des Gerätes (z.B. Android, iOS, Windows) nutzen lässt. Die Anwendung bietet durch das Content-Management-System die Möglichkeit, Text- und Medieninhalte unkompliziert zu ändern, zu erweitern und auszutauschen.

Das Projekt wurde über zwei Phasen zur Hälfte von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten gefördert. Die weitere Anteilsfinanzierung konnte durch entsprechende Komplementärmittel sichergestellt werden, unter anderem durch eine Spende von Volkswagen Braunschweig. 2016 wurden zunächst konzeptionelle Vorstellungen entwickelt und das für die Umsetzung erforderliche Quellenmaterial erschlossen. Des Weiteren wurde das Gestaltungsbüro designagenten (Hannover) damit beauftragt, grafische Entwürfe auszuarbeiten, welche die Nutzungsmöglichkeiten der Anwendung veranschaulichen sollten. Ab Mai 2017 wurde das Projekt fortgesetzt, wobei in der zweiten Phase die technische Umsetzung sowie die redaktionelle Bearbeitung im Vordergrund standen. Der Prozess der technischen Umsetzung erforderte eine zeitintensive Begleitung seitens der Gedenkstätte, um die Vereinbarkeit mit der geplanten inhaltlichen Darstellung und den spezifischen Anforderungen zu gewähr-

leisten. Die redaktionelle Bearbeitung umfasste die Zusammenstellung und Formulierung von Texten zur Einbettung in die Anwendung.

Nach Start der Anwendung wird eine aktuelle, im laufenden Jahr erstellte Luft- bzw. Satellitenfotografie eingeblendet, in der die Nutzerinnen und Nutzer GPS-basiert ihren genauen Standort sowie ihre Bewegungen im Außenbereich nachvollziehen können. Bei Bedarf kann von der Luftbildaufnahme auch zu einer Straßenkarte gewechselt werden. Des Weiteren besteht die Option, die Karten mit zwei alliierten Luftbildaufnahmen aus dem Frühjahr 1945 zu überlagern, welche dem Maßstab und der Ausrichtung der aktuellen Aufnahmen entsprechend angepasst wurden und in denen ebenfalls eine Orientierung per GPS-Positionsmarkierung möglich ist.

In der Darstellung selbst finden sich verschiedenfarbige Markierungspunkte („Marker“), welche jeweils den vier Ebenen „Schillgedenken“, „KZ-Außenlager“, „Nachkriegszeit“ und „Gedenkstätte“ zugeordnet sind. Diese Markierungen sind mit entweder nicht mehr existenten oder gegenwärtig vorhandenen Orten und Objekten verknüpft. Sie bieten erläuternde Informationen, wobei sich neben schnell erschließbaren Textdarstellungen auch ergänzende Bildquellen und Dokumente in ihr finden. Außerdem werden kurze Videos abrufbar sein, darunter Zusammenschnitte aus Interviews mit Überlebenden des früheren KZ-Außenlagers.

Bis zur Veröffentlichung müssen noch einige redaktionelle Nacharbeiten und Ergänzungen sowie Optimierungen an der Programmierung und grafischen Darstellung vorgenommen werden, damit die Anwendung uneingeschränkt funktioniert. Auf eine aufwändig zu programmierende bzw. zu pflegende Offline-Version der Internetseite kann inzwischen verzichtet werden, da die Stadt Braunschweig im Hinblick auf die notwendige technische Realisierung dankenswerterweise ihre Unterstützung zugesagt hat.

Voraussichtlich im ersten Quartal des Jahres wird ein eigener WLAN-Hotspot im Außenbereich installiert, über den die Webanwendung auf privaten Endgeräten sowie den in der Gedenkstätte verfügbaren Tablets uneingeschränkt aufrufbar sein wird.

Sonstiges

Die eingangs geschilderten rechtsradikalen Übergriffe forderten vom Arbeitskreis Andere Geschichte ein Nachdenken über Reaktionen. Wir waren sehr dankbar, dass dieses Anliegen große Aufmerksamkeit bei der Dezernentin für Wissenschaft und Kultur, Frau Dr. Anja Hesse, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fand. So sind durch die Stadtverwaltung Maßnahmen für eine bessere nächtliche Ausleuchtung und einer Video-Überwachung der Gedenkstätte getroffen worden. Überprüft wurde auch der rechtliche und versicherungsrechtliche Status der ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gedenkstätte. Auch die versammlungsrechtlichen Fragen im Areal der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße werden einer Überprüfung unterzogen.

Die Arbeit an der Überarbeitung der Internetpräsentation der Gedenkstätte, für die die Richard Borek Stiftung und die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz Fördermittel zur Verfügung stellen, wurde fortgeführt. Die Grafikagentur Hinz & Kunst fertigte mehrere Gestaltungsvorschläge für die Seiten an. Stärker als bei der vor mehr als zehn Jahren erstellten Homepage wird es nun darauf ankommen, die aktuellen Veranstaltungen und Neuigkeiten sowie das pädagogische Angebot der Gedenkstätte zu kommunizieren. Die Gestaltungsentwürfe für die Seite, die in den städtischen Internetauftritt integriert werden soll, wurden mit dem Fachbereich Kultur und den Sachverständigen der Stadt für Internetpräsentationen besprochen und fanden Zustimmung. Das weitere Vorgehen für die technische Umsetzung ist abgeklärt, so dass im Jahr 2018 mit einer weitgehenden

Realisierung der neuen Seite gerechnet wird.

Aufgegriffen wurde bereits im Vorjahr die Anregung aus den Städten Bremen und Göttingen, einen gemeinsamen Programmflyer von (Gedenk-)Veranstaltungen zwischen dem 27. Januar und 8. Mai 2017 auch für Braunschweig zu initiieren, um so eine bessere Bewerbung der unterschiedlichen Aktivitäten zu erreichen. Ein Programmheft der Vorträge, Führungen, Theaterprojekte und Ausstellungen, die sich mit Themen der NS-Verfolgung befassen, konnte erstellt werden und durch die Mitwirkungen des Jungen Staatstheaters, der Gewerkschaften und des Fachbereichs Kultur in einer Auflage von 5000 Stück verteilt werden. Jannik Sachweh übernahm die Konzeption und Ausgestaltung des Prospekts. Ein Rundschreiben an die beteiligten Veranstalter im November ergab ein starkes Interesse an einem gleichartigen Prospekt für 2018.

Der Arbeitskreis Andere Geschichte unterstützt das Anliegen, welches Simone Weiss und Lorenz Meyer mit Schülerninnen der Nibelungen Realschule verfolgen, den Ort des Sammellagers für Sinti in Braunschweig-Veltenhof durch eine Informationstafel zu kennzeichnen. Es ist vorgeschlagen, diese Tafel zum 75. Jahrestag der Deportation der Braunschweiger Sinti am 3.3.1943 zu übergeben. Frank Ehrhardt entwarf einen Tafeltext, der in der Abstimmung mit der Stadtverwaltung ist.

Frank Ehrhardt wiederholte seinen auf dem Lerntag zum Jahresbeginn vorgetragenen Beitrag über die Deportationen der Braunschweiger Juden ab 1942 nochmals im gut besuchten Gesprächskreis der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Niedersachsen-Ost.

Neben der Studentin Romy Stumpe (siehe „Veranstaltungen“) absolvierte zum Jahresende noch Adrian Winter, Schüler aus dem 9. Jahrgang der IGS Querum, ein dreiwöchiges Praktikum in der Gedenkstätte. Die beiden Praktikanten erhielten einen umfassenden Einblick

in die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Einrichtung, begleiteten Führungen und Projekttagen und waren für die Erfassung diverser Quellenmaterialien verantwortlich. Adrian Winter hat ferner im Rahmen des Praktikums eine eigene Führung konzipiert, welche er im Laufe des Jahres mit Schülerinnen und Schüler der IGS Querum umsetzen möchte.

Vermittlung und Erforschung der Regionalgeschichte

Braunschweiger Spaziergänge zur Alltags- und Stadtteilgeschichte

Das öffentliche Programm der Braunschweiger Spaziergänge zur Alltags- und Stadtteilgeschichte, die wieder von Isolde Saalman organisiert wurden, umfasste 2017 neun Angebote:

- Silke Böhme (Friedenszentrum Braunschweig) führte am 9.4.2017 zu Gedenkortorten zur NS-Geschichte.
- Sabine Ahrens, Elisabeth Flachowsky und Lena Kreie boten am 13.5.2017 eine „Führung zum Muttertag“ aus frauenpolitischer Perspektive an.
- Sabine Ahrens übernahm am 10.6.2017 eine Stadtteillführung durch das frühere Bahnhofsviertel.
- „Hochschulhistorische Spuren entlang der Pockelsstraße“ suchte eine gut besuchte Führung mit Klaus Oberdieck vom TU-Archiv am 1.7.2017 auf.
- Karl-Heinz Löffelsend, Stadtteilheimatpfleger, leitete eine große Gruppe am 15.7.2017 über die Wallanlagen „Vom Steintor zum Petritor“.
- Andreas Schwarz erwies sich bei einer Führung über den „Braunschweiger Hauptfriedhof“ am 5.8.2017 als guter Kenner von Sepulkralarchitektur und verstorbenen Persönlichkeiten.
- Ein Innenstadt-Rundgang am 30.9.2017 machte an geeigneten Orten mit dem Wirken der früheren Oberbürgermeisterin Martha Fuchs bekannt. Die Führung hatte Buchautorin Regina Blume.
- Wegen starker Nachfrage wurde eine Besichtigung der teilweise neu gestalteten Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel mit Martina Staats am 21. Oktober wiederholt.

Weitere Führungen fanden auf Anfrage interessierter Gruppen statt. So führte Frank Ehrhardt im SPD-Sommerprogramm auf den „Spuren jüdischer Persönlichkeiten“.

Studienfahrten

Die Herbstreise des Arbeitskreises Andere Geschichte fand vom 8. bis 10.9.2017 statt und führte nach Ostwestfalen – Lippe. Besuchte Orte waren Lemgo, Bielefeld und Detmold. Das intensive Besichtigungsprogramm enthielt zahlreiche zeit- und kulturgeschichtliche Programmpunkte: so das Wäschefabrik-Museum in Bielefeld, den Komplex der Bodelschwingschen Anstalten Bethel, die Gedenkstätte des Kriegsgefangenenstammlagers Stukenbrock-Senne, die Freilichtmuseen Oerlinghausen und Detmold sowie das Hermanns-Denkmal. An der Fahrt, die erneut Reinhard Bein und Regina Blume ausgearbeitet und geleitet haben, nahmen 30 Vereinsmitglieder und Interessierte teil. Für 2018 ist eine Studienfahrt in den früheren Freistaat Anhalt geplant.

Veröffentlichungen

2016 legte der Arbeitskreis Andere Geschichte einen Band mit Beiträgen zur Geschichte Braunschweigs im Nationalsozialismus unter dem Titel „Täter, Opfer, Nutznießer“ vor. Er enthält vier, zum Teil sehr ausführliche Darstellungen, die zu meist auf der Grundlage von Vorträgen in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße entstanden sind. Der Verein verfolgte damit das Anliegen, wissenschaftliche Beiträge zu nicht erforschten Themen regionaler Geschichte zugänglich zu machen.

2017 erschien bereits eine neue Veröffentlichung, die eine breite Leserschaft zur Zielgruppe hat: Die tatkräftige Autorengruppe um Reinhard Bein, in der bislang aus dem Arbeitskreis Andere Geschichte Regina Blume, Heinz Günther Halbeisen, Gudrun Hirschmann, Dietrich Kuessner, Almuth und Isabell Roloff sowie Susanne Weihmann mitwirken, konnte einen vierten Band mit Biographien von Braunschweiger Persönlichkeiten des 20. Jahrhun-

derts vorlegen. Weitere Mitarbeiter fanden sich mit Hans-Ulrich Ludewig, Dieter Miosge, Jannik Sachweh, Manfred Urnau und Michael Wettern, so dass ein Taschenbuch mit 38 Lebensgeschichten und 320 Seiten Umfang entstand. Der Band ergänzt biographische Skizzen zu den Personen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft eine herausragende und damit problematische Rolle gespielt haben und in den vorangehenden Bänden mit Biographien der Braunschweiger Persönlichkeiten deshalb keine Berücksichtigung gefunden hatten. Die Autoren gaben dem Band über diese Funktions- oder Ideenträger des NS-Staates nun den Titel „Hitlers Braunschweiger Personal.“ Die Autorinnen und Autoren stellen insgesamt 38 Personen in sechs- bis zehnteiligen Artikeln vor. Die größte Gruppe sind Landes- und Kommunalpolitiker wie Friedrich Alpers, Berthold Heilig, Wilhelm Hesse, Friedrich Jeckeln, Hartmann Lauterbacher, Dietrich Klagges, Bernhard Rust, Kurt Schmalz und Ernst Zörner. Daneben kommen Offiziere wie der Feldmarschall Wilhelm Keitel, Juristen wie Oberlandesgerichtspräsident Günther Nebelung, Wissenschaftler wie der TH-Rektor Emil Herzig, Ärzte wie Psychiatriedirektor Ernst Meumann, Schriftsteller wie Will Vesper und Maler wie Walther Hoeck vor.

Auch über diese Publikation berichtete die Braunschweiger Zeitung ansprechend. Das Buch stieß auf so starkes Publikumsinteresse, dass Döring Druck eine zweite Auflage druckte. Das Autorenteam stellte die Veröffentlichung in einer Lesung am 29.8.2017 in der Jüdischen Gemeinde Braunschweig und einer zweiten am 12.10.2017 in der Gedenkstätte Schillstraße vor.

Sonstiges

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stand ein Vortrag von Susanne Weihmann, die über ihre Forschungen zur Heil- und Pflegeanstalt Königslutter berichtete. Auf der Versammlung fand turnusgemäß eine Neuwahl des Vorstands statt. Martina Staats (Vorsitzende), Dr. Gustav Partington (stellvertre-

tender Vorsitzender), Isolde Saalmann (Kassiererin), Prof. Dr. Michael Wettern (Schriftführer) wurden als geschäftsführender Vorstand, Sabine Ahrens, Dr. Thomas Kubetzky und Jannik Sachweh wurden als Beisitzer gewählt. Susanne Weihmann schied nach zwölf Jahren verdienstvoller Mitarbeit aus dem Gremium aus.

Seit Anfang 2015 hat Michael Wettern die redaktionelle Betreuung und Gestaltung des zwei Mal im Jahr erscheinenden Rundbriefs des Arbeitskreises übernommen. Das in einer Auflage von 350 Stück gedruckte Periodikum enthält neben Vereinsmitteilungen und Rechenschaftsberichten auch die Ankündigung von Veranstaltungen, Berichte über herausragende Aktivitäten und Buchvorstellungen von Neuerscheinungen mit regionalgeschichtlichem Schwerpunkt. Die beiden Ausgaben 2017 hatten zusammen 36 Seiten DIN A 4-Seiten Umfang.

Das von der Judaistin Rebekka Denz, Frank Ehrhardt und dem Historiker Jonathan Voges schon seit längerem diskutierte Recherchevorhaben über die Situation von jüdischen Migranten aus Osteuropa im Zeitraum des Ersten Weltkriegs und in der NS-Zeit wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt. Rebekka Denz stellte das Vorhaben auf der Fünften Nachwuchstagung Judaistik/Jüdische Studien der Vereinigung für jüdische Studien e.V. vor, die im Juli 2017 an der Universität Potsdam stattfand. Die Beratung erbrachte hilfreiche Hinweise und Kooperationsangebote. Den Projektmitarbeitern erschien es sinnvoll, das Gesamtvorhaben mit einer Ausstellung weiter zu betreiben, die den Schwerpunkt auf die Einwanderungsphase in den Jahren um den Ersten Weltkrieg legt. Es sind mehrerer Förderungsanträge dazu verfasst und eingereicht worden, so dass eine Umsetzung für 2018 erwartet wird.

Frank Ehrhardt	-Geschäftsführer-
Martina Staats	-Vereinsvorsitzende-

Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen



Dr. Jens-Christian Wagner, Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, führte in die Ausstellung ein (Foto: B. Hornack)

Anne Frank ist weltbekannt, Heinrich Jasper kennen nur einige Geschichtsinteressierte in Braunschweig. Mit dieser Bemerkung beschrieb der Historiker Jens-Christian Wagner das Anliegen der Aus-

stellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen“, die am Samstag in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße eröffnet wurde. Die Präsentation, die Wagner in Zusam-

menarbeit mit Studierenden der Universität Hannover erstellte, macht darauf aufmerksam, dass fast die Hälfte der Inhaftierten in dem Lager bei Celle politische Verfolgte waren, die einen roten Winkel als Kennzeichnung trugen. Sie kamen aus vielen Ländern Europas und haben den Widerstand gegen den Nationalsozialismus maßgeblich getragen. Gerhard Glogowski, Braunschweiger Ehrenbürger, ging in einem Redebeitrag auf die Persönlichkeit Heinrich Jaspers ein, der als früherer Ministerpräsident des Freistaats Braunschweig vorbildlich für die Demokratie gekämpft hat. Er fand nach Jahren der Verfolgung wenige Tage vor Kriegsende in Bergen-Belsen den Tod.

Die Ausstellung „Roter Winkel“ zeigt Fotografien und Dokumente, stellt mehrerer Biografien von Verfolgten vor und geht auch ausführlich auf die Würdigung der Überlebenden des Lagers in den Nachkriegsgesellschaften ein. Sie ist noch bis zum 7. März 2018 in der Gedenkstätte zu den Öffnungszeiten sowie Samstags und Sonntags von 14 – 17 Uhr zu sehen (0531 / 2702565).

Frank Ehrhardt

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Im Anschluss an die Ausstellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen“ folgt in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße eine Reihe von Vortragsveranstaltungen. Diese befassen sich aus sehr unterschiedlicher Perspektive mit Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Donnerstag, 22.3.2018, 19.00 Uhr

Anett Dremel, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Neugestaltungsprojekt der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

„[...] trotz der langen Schutzhaft nicht zur Einsicht gekommen [...]“ – Politisch Verfolgte im Strafgefängnis Wolfenbüttel 1933-1939

Donnerstag, 19.04.2018, 19.00 Uhr

Prof. Dr. Edmund Brandt, Leiter des Instituts für Rechtswissenschaften der TU Braunschweig

„Banden- und Cliquenbildungen Hamburger Jugendlicher während des Krieges (1940 bis 1943)“.

Auseinandersetzung mit einer Dissertation aus dem Jahre 1944

Donnerstag, 24.5.2018, 19.00 Uhr

Dr. Kristina Meyer, Friedrich Schiller - Universität Jena

Die SPD nach 1945: Der verdrängte Widerstand

Ausführlichere Ankündigungen folgen.

Erinnern - Trauern - Verdrängen

Nach Ernst-August Roloff „werden Denkmäler als Orte des Erinnerns und Gedenkens für Nachgeborene errichtet, um bestimmte Ereignisse und Personen vor dem Vergessen zu bewahren. Dabei geht es weniger um die historische 'Wahrheit', als um eine politische Botschaft für die Zukunft und die Sicherung des 'kollektiven Gedächtnisses'“.

Wer kennt noch die Ereignisse, die zur Aufstellung des Denkmals für Generalmajor Olfermann (Nußberg) oder des Denkmals für Ferdinand von Schill (Schillstraße) führten? Dies gilt neben diesen Denkmälern auch für den Obelisk auf dem Löwenwall und den Reiterstandbildern für die beiden im Kampf gegen Napoleon gefallen Herzöge Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm. Das Unwissen über die NS-Zeit ist ähnlich weit verbreitet: Vier von zehn Schülern ab 14 Jahren wissen nicht, dass Auschwitz ein Konzentrations- und Vernichtungslager war.

Mit dem Schill-Denkmal hat es so seine Bewandnis: Es wurde am 19. März 1837 und bald darauf auch das Invalidenhaus errichtet. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs fand eine Feier statt zur Erinnerung an den 100. Jahrestag der Hinrichtung von 14 Soldaten, die sich dem gegen den "französischen Erbfeind" kämpfenden Freikorpsführer Ferdinand von Schill angeschlossen hatten. Später instrumentalisierten Nationalsozialisten das Denkmal und verkärten die mit dem Denkmal geehrten 14 gefallenen Schill-Soldaten zu 'Märtyrern Deutscher Freiheit'. 1955 erweiterte der damalige Oberbürgermeister Otto Benne- mann auf Initiative von Regimentskameradschaften die Widmung des Denkmals am Volkstrauertag zusätzlich in eine Stätte der Trauer für die im Zweiten Weltkrieg gefallen und vermissten Soldaten der in Braunschweig stationierten Einheiten der deutschen Wehrmacht. Dies bei Nichtbeachtung der Vermischung verschiedener ideologischer



Das Schilldenkmal in direkter Nachbarschaft zur KZ-Gedenkstätte Schillstraße, Invalidenhaus (Foto: M. Wettern)

Aspekte: Erinnerung einerseits der Ereignisse des 'Befreiungskriegs' gegen die französische Vorherrschaft in Europa unter Napoleon, andererseits dem Gedenken der toten und vermissten Braunschweiger Soldaten des von NS-Deutschland initiierten Zweiten Weltkrieges.

Der Volkstrauertag als Tag von Kranzniederlegungen wurde ursprünglich von dem 1919 gegründeten Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge zum Gedenken an die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges eingeführt. 1934 bestimmten die NS-Machthaber den Volkstrauertag durch ein Gesetz zum Staatsfeiertag und nannten ihn Heldengedenktage. Träger des Heldengedenktages waren bis 1945 die Wehrmacht und die NSDAP. Die neu gegründete Bundesrepublik führte den Volkstrauertag wieder ein und übertrug die Gestaltung dem Volksbund. Bis heute aber wabert der Heldengedenktage in den Köpfen einiger Leute.

Selten wird am Volkstrauertag derer gedacht, „die verfolgt und getötet wurden, weil sie Teil einer Minderheit waren oder deren Leben wegen Krankheit oder Behinde-

rung als lebensunwert bezeichnet wurde“, wie dies der Bezirks-Vorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Herrmann in der Gedenkstunde der Totenehrung 2017 in der Braunschweiger Dornse beklagte. Pfarrer Becker forderte in der gleichen Gedenkstunde „Mitleid als höchste menschliche Geisteshaltung zu werten, Solidarität mit den Schwachen zu zeigen und Respekt vor dem Fremden zu kultivieren“. Von Juden war nicht die Rede. Der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm bezeichnete in seiner Ansprache anlässlich des Buß- und Bettages 2017, der in Niedersachsen seit 20 Jahren kein Feiertag mehr ist, „den Tag als Anlass des Nachdenkens zu nutzen, eines Nachdenkens über Werte und Normen, das an Maßstäbe gebunden sein sollte - einen Tag, an dem Grundorientierungen geprüft und befragt werden sollten.“ Seit Jahrzehnten gehören Gedenken und Erinnern an die Opfer von Gewalt, Verfolgung und Entrechtung nicht nur, aber vor allem der NS-Herrschaft zu unseren regelmäßigen Aktionen des Lebensvollzugs in den Parlamenten, Behörden, Schulen und Medien. Die

Anerkennung historischer Schuld und die damit verbundene Aussöhnung sind Teil der Staatsräson, sie sind ein wesentliches Element der deutschen Identität. Erinnern und Gedenken gehören damit zur kulturellen „Grundausrüstung“ der Bundesrepublik Deutschland. Das Wort Erinnern im Begriff von Erinnerungskultur ist eine Metapher, gemeint ist damit nicht das individuelle in Erinnerung rufen von selbst Erlebtem, also von etwas was unmittelbar zur Verfügung stünde, sondern die bewusste Hinwendung zu von anderen Erforschem, Berichteten und Dargestelltem – es geht um Verinnerlichung von Erzähltem, man kann von kulturellem Gedächtnis sprechen.

Es ist heute völlig unverständlich, wie ein sozialdemokratischer Politiker, der von der Gestapo verfolgt und 1938 deswegen sein Leben durch Flucht ins nahe Ausland retten musste, 1955 die Erweiterung der Umwidmung des Schill-Denkmal hatte vornehmen können. Bilden doch Gedenkstätte und Schill-Denkmal eine räumliche Einheit. Die benachbarten Steinbaracken des ehemaligen KZ-Außenkommandos hatte Bennemann noch direkt vor Augen. Nach Roloff hatte sich doch "der Tod der Braunschweiger Soldaten in den zwei Weltkriegen 1955 bereits als grausame Phrase entlarvt, weil es Millionen von Soldaten in einen sinnlosen Tod getrieben hat. Das Symbol für die Sinnlosigkeit des qualvollen Massensterbens wurde Verdun." Der Zweite Weltkrieg fügte dem Kampf gegen feindliche Soldaten noch den Kampf gegen Zivilisten, Frauen wie Kindern, angeblich Lebensunwerten und insbesondere die von den Nazis angestrebte Ausrottung von Juden hinzu.

Trotz der zivilisatorischen Katastrophe, dem Holocaust, artikuliert sich bis auf den heutigen Tag Widerstand gegen NS-Erinnerungsstätten, auch in Braunschweig. Angriffe auf die "Grundausrüstung" unseres historischen Selbstverständ-



Gedenkstein auf dem Friedhof in Rieseberg/Elm für die NS-Opfer vom 4. Juli 1933
(Foto: M. Wettern)

nisses machen fassungslos. So bei der Schändung der KZ-Gedenkstätte Schillstraße und der Schrifftafeln ihrer Außenanlage. Erfreulicherweise meldeten sich nach der Schändung umgehend viele Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen die Heinrich-Büssing-Schule mit einer Stellungnahme. Deren Schüler erstellten in Zusammenarbeit mit der Graffiti-Gruppe „The Bridge“ das Transparent „Gedenken prägt Zukunft“.

Dennoch:

Drei Anhänger der „Junge Nationaldemokraten“ (JN), Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschland, fertigten mit brennenden Fackeln ein Foto von sich vor dem Schill-Denkmal an. Hinzu gerufene Polizisten zeigten für die Alarmierung wenig Verständnis. Für den 31. Mai 2017 hatte die Stadt Braunschweig eine von der JN angemeldete „Schill-Gedenkfeier“ mit Auflagen genehmigt. Einige hundert Braunschweigerinnen und Braunschweiger versammelten sich an der Gedenkstätte, um gegen die geplante Gedenkfeier der JN zu protestieren - die Rechtsradikalen kamen jedoch nicht. Frank Ehrhardt, langjähriger Leiter der Gedenkstätte, vertrat die Auffassung, Veranstaltungen von Neonazis unter keinen Umständen auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte, das eine räumliche Einheit mit dem

Schill-Denkmal bildet, zu genehmigen. Das niedersächsische Versammlungsrecht von 2010 kennt zwar keine landesweit festgelegten Gedenkorte mit besonderer Schutzwürdigkeit, erlaubt den Kommunen aber ein Vorgehen, wenn der öffentliche Friede in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise beeinträchtigt wird. Auf der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises Andere Geschichte im Oktober 2017 fand die Auffassung von Ehrhardt große Unterstützung. Klaus-Peter Bachmann, Gründungsmitglied des Arbeitskreises und bis November 2017 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, äußerte auf der Versammlung seine Bereitschaft, mit der Polizeiführung die sensible Situation der Gedenkstätte anzusprechen. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadt Braunschweig ihren Elan für eine aktive Erinnerungskultur nicht verliert.

Chronologie des Gedenkens an den NS-Terror in Braunschweig (Auswahl)

- Erstes Erinnern an den NS-Terror in Braunschweig begann 1946 unter der Ministerin für Wissenschaft und Volksbildung Martha Fuchs mit der Umbenennung der Kaiser-Wilhelm-Straße in Jasperallee zur Erinnerung an den im KZ Bergen-Belsen ermordeten ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Dr. Heinrich Jasper.
- 23.12.1951: Enthüllung eines



Denkmal für die in Braunschweig verfolgten und ermordeten Sinti und Roma im Foyer des Rathauses (Fotos: M. Wettern)

Denkmals für Dr. Heinrich Jasper, das sich nun am Ruhfäutchenplatz befindet.

- 14.11.1953: öffentliche Übergabe der Urnen mit den sterblichen Resten der Rieseberg Opfer auf dem städtischen Urnenfriedhof.

- 1955 übernahm die Stadt das Schill-Denkmal, dessen erweiterte Widmung am 4.09.1955 auf gefallene und vermisste Soldaten der zwei Weltkriege ausgedehnt wurde; feierliche Kranzniederlegungen an Volkstrauertagen lösten in späteren Jahren steigenden Widerstand der Bevölkerung aus.

- 4.07.1958: Enthüllung der Skulptur eines Gefangenen an der Rieseberg-Gedenkstätte auf dem städtischen Urnenfriedhof.

- 16.11.1958: die jüdische Gemeinde errichtet einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust.

- 18.11.1962: Denkmal für alle Opfer des Krieges, der Gewaltherrschaft und der Vertreibung auf dem Urnenfriedhof, eingeweiht von OB Martha Fuchs

- 1966: Veröffentlichung der "Brunsvicensia Judaica"

- 1983: Unter der künstlerischen Leitung von Professor Henning Freiberg fertigten Studierende der Hochschule für Bildende Künste (HBK) Braunschweig und eines Fortbildungskurses des DGB Helmstedt ein Mahnmal für die Massenmordopfer von Rieseberg, das zum 50. Jahrestag der Mordtaten zunächst am

Pappelhof bei Rieseberg, später vor der Jugendbildungsstätte des DGB in Rieseberg aufgestellt wurde.

- 1985: Gründung des „Arbeitskreis Andere Geschichte“, der Geschichtsinteressierte zusammen führt, die sich mit Braunschweigs Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert auseinandersetzen; der Verein betreut die KZ-Gedenkstätte Schillstraße im Auftrag der Stadt

- 2000: in der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße wird das "Offene Archiv" eröffnet, das von der Künstlerin Sigrid Sigurdsson für die Stadt Braunschweig entwickelt wurde.

- Am 6.02.2001 beschloß der Rat der Stadt dem "Konzept zur Planung, Errichtung und Gestaltung städtischer Erinnerungsstätten zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" (kurz: Gedenkstättenkonzept).

- Im Mai 2001 übergab die Stadt Braunschweig gemeinsam mit dem polnischen "Rat für das Gedenken an die Kämpfe und das Martyrium" die neu gestaltete Gedenkstätte auf dem Friedhof an der Hochstraße der Öffentlichkeit.

- Am 6.12.2002 ging das "Vernetztes Gedächtnis - Topografie nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Braunschweig" (Materialien für Stadterkundungen und Rundgänge zur Topografie und Geschichte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Braunschweig) ans Netz. Ausgehend vom Gedenk-

In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft wurden die Braunschweiger Sinti verfolgt. Der Weg der Ausgrenzung und Entrechtung sollte in die endgültige Vernichtung führen.

Wir gedenken der Menschen, die von den Nationalsozialisten am 3. März 1943 in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert worden sind. Nur wenige überlebten.

Wir Braunschweiger Bürger gedenken der Sinti. Es waren unsere Nachbarn. Ihre Namen und Schicksale werden wir in unserer Erinnerung bewahren.

Des Menschen nicht geachtet
(Jesaja 33,8).

Die Stadt Braunschweig

stättenkonzept der Stadt erstellte die Arbeitsstelle für Computergrafik und Ästhetische Erziehung der HBK das Projekt gemeinsam mit dem Kulturinstitut der Stadt Braunschweig.

- 2002 ließ die Stadt einen Erinnerungsort für die verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti und Roma im Erdgeschoss/Foyer des Rathauses errichten. Um die Opfer der Anonymität zu entheben und eine Beschäftigung mit dem Geschehenen anzuregen, wurden von recherchierten 124 Opfern die Namen in der Erinnerungsstätte aufgeführt.

- Am 16.11.2003: Die von Studierenden der HBK unter Leitung von Petra v. Förster künstlerisch konzipierte Gedenkstätte „Buchhorst“ konnte nach mehrjährigen Bemühungen des Friedenszentrums der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

- Seit März 2006 verlegt Gunter Demnig Stolpersteine in Braunschweig; bis Ende 2017 waren im gesamten „Stadtgebiet als dezentraler Gedenkort“ 324 Stolpersteine und eine Stolperschwelle verlegt.

- 2007/2008: Ausstellung "Braunschweiger Kindermord. Eine Annäherung", Gedenkstätte Friedenskapelle, Schülerinnen des Gymnasiums Martino-Katharineum (Lehrerin Alexandra Ohibsky, Mitwirkung von Regina Blume).

- 15.01.2008: Totenbücher/Totenklage in der Friedenskapelle (erarbeitet von Reinhard Bein und Regi-

na Blume, künstlerisch gestaltet durch Gerd Winner).

- Am 23.06.2010 Enthüllung einer Gedenkplatte auf dem Schlossplatz zur Erinnerung an die Bücherverbrennungen vom 10.03.1933.

- 2014 richteten in der Braunschweiger Gedenkstätte-Friedenskapelle 18 Schülerinnen der IGS Peine unter Anleitung der Lehrerin Alexandra Ohibsky und unter Betreuung und Impulsgebung von Regina Blume eine Ausstellung zum Thema Euthanasie "Hingesehen - Weggeschaut" ein, bevor der "Graue Bus" nach Braunschweig kam.

- September 2017, Grundsteinlegung für einen Neubau der Gedenkstätte für NS-Justizopfer in Wolfenbüttel.

- Zur Aufstellung einer Stele zur Erinnerung Euthanasie-Opfer ist es vorerst nicht gekommen (siehe Bericht von R. Blume in diesem Rundbrief).

Die vorstehende Auflistung weist bemerkenswert privates Engagement von Gedenkveranstaltungen in Braunschweig auf. An Quellen zu nationalsozialistischen Opfern mangelt es inzwischen nicht mehr. Zahlreiche Untersuchungen zu Teilaspekten belegen eindrucksvoll den in Braunschweig vorhandenen Willen zur Aufarbeitung von NS-Unrecht. Martina Staats, Vorsitzende des Arbeitskreises Andere Geschichte, hatte dies für die Gedenkkultur in Braunschweig bereits 1998 formuliert. Ihre Ansicht vertrat sie in einem Vortrag, der sich mit der Enthüllung eines Gedenksteines für die jüdische Gemeinde am 16. November 1958 befasste. Zu ihrer Auffassung trug sicher auch die feierliche Einweihung der von Rieseberg auf den Zentralfriedhof umgebetteten Ermordeten im Juli des gleichen Jahres bei. Die Braunschweiger Gedenkfeiern in den 1950er Jahren widersprechen somit der Annahme einer allgemeinen Amnesie und Abkehr gegenüber den Verbrechen der Nationalsozialisten – allerdings sind die Gedenkfeiern zeitlich und nach Personen zu unterscheiden, außerdem unterliegen sie gesellschaftlichen Diskursen ihrer Zeit.

Die obige Auflistung weist allerdings eine Lücke von etwa 10 Jahren (2003 bis 2014) auf, in der kaum städtische Erinnerungsstätten zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geschaffen wurden. Dies ist umso erstaunlicher, da mit der Etablierung des städtischen „Gedenkstättenkonzeptes“ 2001 die Stadt aktiv Projekte auf der Grundlage des Konzeptes hätte initiieren können. Wie zuvor wurden Einzelpersonen aktiv, um neue Gedenkorte in die Öffentlichkeit zu tragen. Im günstigsten Fall gewährte die Stadt finanzielle Unterstützung, trat jedoch kaum als Initiator oder Auftraggeber von Forschungsprojekten hervor. Dies deutet eine bewusste Privatisierung der Gedenkkultur in Braunschweig an.

Bis heute gibt es in Braunschweig keine befriedigende öffentliche Darstellung des Gedenkens an den NS-Terror. Was fehlt: Ein zentraler Gedenkplatz zur Erinnerung der NS-Opfer, um ein klares Bekenntnis zur historischen Verantwortung und Mitschuld am Holocaust abzulegen. Dieses Defizit können weder verschiedene Denkmäler auf dem Hauptfriedhof, noch das Buch „Brunsvicensia Judaica“ mit den 950 dokumentierten jüdischen Opfern oder die in der Stadt verlegten Stolpersteine leisten. Allerdings veröffentlichte der Arbeitskreis Andere Geschichte verschiedene Aspekte der jüdischen Vertreibung, in wenigen Beispielen auch über die sogenannten „Arisierungen“, dem NS-legalisierten Raub jüdischen Eigentums, so zuletzt in dem Buch „Täter•Opfer•Nutznießer“.

Über 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stehen Zeitzeugen des Holocaust – jener zivilisatorischen Katastrophe, die noch immer zentraler Referenzrahmen der politischen Identität in Deutschland ist, bald nicht mehr zur Verfügung. Es mangelt dann an authentischer Zeugnenschaft. Daher werden Gedenkstätten zunehmend zu zeithistorischen Museen. Wegen der sich ändernden Aufgaben sind zukünftig verstärkt Gedenkstätten-Pädagogen gefragt, um Rahmenbedingungen für das Entstehen von Empathie für

den NS-Terror zu schaffen. Verpflichtende KZ-Gedenkstätten-Kurzbesuche haben sich didaktisch als weitgehend nutzlos erwiesen. Die Angebote müssen zielgruppenorientiert Anreize setzen, damit Besucher für sich das Thema entdecken und sich damit auseinandersetzen. Die Gedenkstätte Schillstraße, als zentraler Ort des Erinnerns und Gedenkens, bietet demnächst Besuchern die Möglichkeit, durch einen „Geländeguide“ Lage und bauliche Struktur des früheren KZ-Außenlagers nachzuvollziehen. Verschiedene Zeitebenen ermöglichen einen Einblick im Vergleich mit der aktuellen Bebauung.

Insgesamt kann die Erinnerungsarbeit vom Arbeitskreis Andere Geschichte, der neben Vorträgen, Führungen, Projekttagen, Fahrten zu historischen Orten und diversen Veröffentlichungen als durchaus zeitgemäß bezeichnet werden. Die Aufgaben können die etwa 150 ehrenamtlichen Mitglieder gemeinsam mit den drei Angestellten des Vereins allerdings in nur bescheidenen Maßen leisten. Notwendige Finanzmittel für aufwendige Forschungsarbeiten müssen gegebenenfalls durch Anträge eingeworben werden.

Die beschämenden Diskussionen um das Holocaust-Mahnmal in Berlin, aber auch das Gezerre um ein „Arisierungs“-Mahnmal in Bremen, das den Profiteur der „Arisierung“ Kühne & Nagel zum Gegenstand hat sowie für eine einzurichtende Gedenkstätte im Stadthaus Hamburgs, zeigen, wie schwer heute die Fragen zu beantworten sind, woran in welcher Form wo erinnert werden soll. Ohne einführende, nachfühlende Anerkennung der Opfer gibt es auch keine echte Bereitschaft zur Akzeptanz der historischen NS-Verbrechen. Das in der Gedenkstätte befindliche „Offene Archiv“ der Künstlerin Sigurdsson kann als Herausforderung an die gesamte Braunschweiger Bevölkerung, seinen Firmen und öffentlichen Einrichtungen, gesehen werden, wie ernst sie es meint mit einer befreienden Erinnerungsarbeit.

Michael Wettern

Buchbesprechung

"Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus"

Der erste Band der neuen Reihe „Schriften zur Didaktik der Demokratie“, herausgegeben von Michele Barricelli, Michael Jung und Detlef Schmiechen-Ackermann, widmet sich der Geschichte der Technischen Hochschulen während der Zeit des Nationalsozialismus.

In dem Band werden die Tagungsbeiträge einer im Mai 2015 von den Herausgebern veranstalteten Konferenz vereint. Er soll somit eine Art qualitative Bestandsaufnahme der bisher vorliegenden Erkenntnisse darstellen.

Forschungen zur Geschichte der Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus waren lange Zeit eher verstreut anzutreffen und standen gewissermaßen hinter den Untersuchungen der klassischen Universitäten zurück. Dem vorliegenden Band gelingt es, diese Ergebnisse zu bündeln und auf die Relevanz des Forschungsfeldes aufmerksam zu machen. Er gliedert sich in fünf Unterkapitel und bietet neben (I.) einführenden Perspektiven zur Wissenschaftspolitik der Nationalsozialisten und zum akademischen Leben während der Diktatur, (II.) Untersuchungen zur Personalpolitik der Technischen Hochschulen, (III.) der Rolle der Studierenden und (IV.) den Handlungsspielräumen von Wissenschaft. Dabei wird nicht nur die Bedeutung der Technischen Hochschulen für den nationalsozialistischen Staat anhand verschiedener Beispiele deutlich, sondern auch der Umgang der Hochschulen mit ihrer Vergangenheit nach 1945 wird in einem eigenen Kapitel (V.) thematisiert.

Es ist in der hier gebotenen Kürze nicht möglich, auf die Beiträge aller Autorinnen und Autoren en détail einzugehen. Die zusammengetragenen Einblicke in die Forschung ermöglichen jedoch gerade auf-



Buchtitel (Foto: M. Wettern)

grund ihrer klaren Zuordnung zu bestimmten Technischen Hochschulen einen schnellen Einstieg in die Thematik und den aktuellen Forschungsstand.

Die in eigenen Kapiteln untersuchten Hochschulen sind die TH Berlin, TH Wien, TH Hannover, TH Danzig, TH Darmstadt sowie die TH Braunschweig neben den Universitäten Rostock, Jena und Göttingen. Dem Forschungsgebiet der Herausgeber entsprechend, nimmt die TH Hannover einen etwas breiteren Raum ein.

Auf den ersten Blick überraschend ist, dass auch Betrachtungen traditioneller Universitäten ihren Platz in diesem Sammelband gefunden haben. Sie bieten jedoch den notwendigen historischen Kontext und liefern somit einen begrüßenswerten Beitrag zum Gesamtbild der Wissenschaftsgeschichte der Zeit des Nationalsozialismus.

Im abschließenden Kapitel V. befindet sich der Aufsatz „Nachfor-

schungen über in der NS-Zeit verfolgte Hochschulangehörige an der TH Braunschweig“ von Michael Wettern, auf den an dieser Stelle kurz eingegangen werden soll.

Wettern gibt einen lohnenswerten Überblick über die Erforschung der Schicksale der an der TH Verfolgten und seine persönliche Arbeit auf dem Themengebiet seit den 1980-ern. Detailliert zeichnet der Autor die Entwicklung des braunschweigischen Forschungsstandes nach und zeigt auf, wie lang der Weg bis zu einer umfassenderen Veröffentlichung im Jahr 2010 gewesen ist, die er gemeinsam mit Daniel Weißelhöft erstellte. Insbesondere die notwendigen Recherchen verdeutlicht er an Beispielen und bezieht auch die Arten der Erinnerung an der heutigen Technischen Universität Braunschweig mit ein. Die Ergebnisse seiner langjährigen Arbeit fasst der Autor zusammen und benennt abschließend deutlich die noch weitgehend unerforschten Lebenswege weiterer Opfer dieser Zeit in Braunschweig.

Der gesamte Sammelband bietet einen gelungenen Einstieg in den Forschungsstand, zeigt aber gleichzeitig auch, wie zahlreich die Desiderate der historischen Forschung zur Geschichte der Technischen Hochschulen während des Nationalsozialismus noch immer sind. Eine weitergehende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themengebiet ist, auch in Braunschweig, notwendig. Der Band möchte explizit Möglichkeiten zur weiteren Forschung aufzeigen. Das ist gelungen. Zukünftige Arbeiten können nun auf einer soliden Grundlage aufbauen und die Thematik noch eingehender untersuchen.

(Wallstein Verlag 2017, Göttingen - 29,90€)

Jannik Sachweh

Eine Gedenkstele für Opfer der "Euthanasie"



Glasstele mit Erinnerungssatz (Foto: B. Mikhail)

Vor zwei Jahren fand sich an dieser Stelle ein Bericht über den Plan für ein solches Mahnmal. Inzwischen gibt es dieses - jedenfalls fast, jedoch noch nicht an dem Ort, für den es eigentlich vorgesehen ist. Das hört sich kompliziert an, und das ist es auch.

Euthanasie - ein aus dem Griechischen stammendes Wort, das den Nationalsozialisten zur Verschleierung von Mord diente, bedeutet eigentlich "schöner, guter Tod" - Gnaden Tod, wie das damalige Regime sagte. In der Realität jedoch ging es um die gnadenlose Aussortierung Behinderter, Kranker, Alter, Ausgegrenzter, nicht mehr Arbeitsfähiger und um ihre physische Vernichtung durch Vergasung und anschließende Verbrennung.

Urnen von "Euthanasieopfern" befinden sich auf dem Stadtfriedhof, die meisten von ihnen auf dem Gräberfeld 1c auf dem Stadtfriedhof (früher Urnenfriedhof) in Braunschweig, und bisher erinnert nichts an sie. Ehrlicherweise sollte man erwähnen, dass die Asche in den Urnen nicht der Person entspricht, deren Name auf der Urne zu lesen ist. Die Namen und Angaben zu den

Personen wurden den Unterlagen der Friedhofsverwaltung (Dezernat Stadtgrün und Sport) entnommen. Die Sterbeorte der Opfer konnten anhand von Anfragen in verschiedenen Gedenkstätten wie z. B. Bernburg und Hadamar und anhand von Opferlisten korrigiert werden.

Ein Mahnmal für "Euthanasie"-Opfer wurde in dem Gedenkstättenkonzept der Stadt Braunschweig gefordert, beschlossen 2001. Eine Schülerinitiative im Rahmen der Schülerausstellung "Hingesehen - Weggeschaut" der IGS Peine in der Friedenskapelle legte im Jahr 2014 eine Liste zur Unterstützung eines Mahnmals an. Seit Herbst 2015 tagt eine kleine Arbeitsgruppe der Gedenkstätte Friedenskapelle von acht Personen einmal monatlich, um die Idee umzusetzen.

An Fragen war zu klären: Welcher Standort sollte es werden? Was für eine Form, welches Material kam in Frage? Sollten Namen genannt werden? Sind daneben weitere Texte zur Erläuterung erforderlich? Nach oft auch kontroversen Diskussionen kristallisierte sich folgendes heraus: Als Standort bevorzugte die Gruppe das Gräberfeld 1c, wo die Mehrzahl

der Urnen beigesetzt ist. Als Form entschied sich die Mehrheit gegen eine Skulptur (u.a. aus Kostengründen) und für eine möglichst schlichte Stele in einem etwa menschlichen Maß, also ca. 1,80m hoch und 60 cm breit. Als Material wurde gesandstrahltes Spezialglas gewählt, weil es die Zerbrechlichkeit des Lebens symbolisiert und lichtdurchlässig ist, sinnbildlich für das Durchscheinen der Geschichte bis in die Gegenwart. Namen, da bildete sich in der Gruppe eine einhellige Meinung, mussten sein, denn ein Verschweigen der Namen würde die Opfer ein zweites Mal in die Anonymität abdrängen. Geburts- und Todesjahr sollten auch genannt werden, um zu verdeutlichen, dass vom fünfjährigen Kind an alle Altersgruppen vertreten waren. Die Gruppe einigte sich darauf, auf Symbole zu verzichten, denn mehr noch als Sprache sind sie verschieden interpretierbar. Ein kurzer einleitender Satz des Gedenkens sollte über den Namen angebracht werden und darunter der Satz: "Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist." Die Gruppe verständigte sich auf Erläuterungstexte, die auf separaten Tafeln zu lesen sein sollen, auf der einen Seite in Alltagssprache, auf der anderen Seite in Leichter Sprache, also bewusst an Menschen gerichtet, die das nationalsozialistische Regime ausgrenzte und vernichtete.

Neben der inhaltlichen Planungsarbeit waren die Werbung um Unterstützung bei Institutionen, die Finanzierungsfrage und Verwaltungshürden zu bewältigen, wobei die Arbeitsgruppe den letzten Aspekt unterschätzt hatte. Von Anfang an erfuhr die Arbeit sehr positive Unterstützung von Seiten des Dezernats Kultur und Wissenschaft, von Frau Dr. Hesse und insbesondere von Frau Dr. Boldt-Stülzbech, die das Projekt stetig begleitete und förderte. Herr Hornung vom Baudezernat befürwortete in einem vorbereitenden Gespräch vom denkmalpflegerischen Standpunkt aus



Alternative Tötungsarten: Verhungern lassen und Luminal, Ausstellungsgegenstände (Fotos: B. Mikhail)

den ausgewählten Aufstellungsort als authentisch. Auch Herr Loose vom Dezernat Stadtgrün und Sport begrüßte die Initiative. Finanziell gefördert wurde das Projekt zur Hälfte von der Stadt Braunschweig, die Bürgerstiftung stockte den Finanzrahmen großzügig auf und die Gewerkschaft ver.di leistete ebenfalls einen bedeutenden Betrag, ergänzt wurde dies durch eine Reihe privater Spenden, so dass genügend Geld zusammenfloss. Die Glaswerkstatt Schneemelcher aus Quedlinburg erhielt den Auftrag für die Glasstele.

Geplant war die Einweihung des Mahnmals für den 30.11. draußen auf dem Gräberfeld 1c gemeinsam

mit der Eröffnung der Schülerausstellung "Vergessen - erinnert" der IGS Peine in der Gedenkstätte Friedenskapelle. Trotz vieler vorbereitender Gespräche und der Genehmigung des Kulturausschusses war nicht thematisiert worden, dass die Aufstellung des in früheren Zeiten beschlossenen Mahnmals erst noch mehrerer Genehmigungen bedarf, und zwar durch den Bezirksrat Bebelhof-Viewegsgarten, zu dessen Bereich der Friedhof gehört, durch den Grünflächenausschuss, der zuständig ist für die Friedhöfe, und schließlich durch den Rat der Stadt Braunschweig, denn die Stele, die auf öffentlichem Grund stehen wird, muss als Schenkung an die Stadt

übergehen und da der Wert 2000 € überschreitet, ist die Zustimmung des Rates notwendig.

So wurde am 30. November die Schülerausstellung eröffnet, die sich u.a. dem Thema "Euthanasie" widmet, und die Stele, die vorerst Winterquartier in der Kapelle nahm, wurde begrüßt, aber nicht eingeweiht. Und da draußen eiskalter Wind und Nieselregen herrschte, war vielleicht niemand so recht böse über die Tatsache, dass die Einweihung des Denkmals wegen verwaltungstechnischer Hindernisse in die wärmere Jahreszeit verschoben werden musste.

Regina Blume

(für die Arbeitsgruppe und den Vorstand der Gedenkstätte Friedenskapelle)

IT-System-Administrator für ehrenamtliche Betreuung der IT-Einrichtung des Arbeitskreises Andere Geschichte gesucht.

Der Arbeitskreis sucht für die Betreuung von zwei Windows-PCs nebst Drucker und Scanner ein Vereinsmitglied mit etwas IT-Kenntnissen. Auf den Rechnern werden bürotypische Programme (u.a. Office 2013) eine Archiv-Datenbank und ein Buchhaltungsprogramm (WISO Mein Geld) genutzt. Die Rechner sind nicht miteinander vernetzt. Ein Rechner hat einen Internet-Zugang. Die Rechner stehen im Büro des Arbeitskreises in der Schlossstraße 8. Interessierte Mitglieder melden sich bitte bei dem

Arbeitskreis Andere Geschichte
eMail: andere_geschichte_braunschweig@t-online.de

Einladung zum Besuch des Bürger Museums Wolfenbüttel am 24.3.2018



Bürger Museum Wolfenbüttel (Foto: P. Sierigk)

Wie sollte heute ein zeitgemäßes Museum zur Stadtgeschichte aussehen? Wie gelingt es, die Einwohner einer Stadt in die Tätigkeit einer solchen Einrichtung einzubeziehen? – Eine Antwort auf diese Fragen gibt das im Mai letzten Jahres eröffnete Bürger Museum Wolfenbüttel.

Das Museum hat einen prominenten Standort direkt am Wolfenbütteler Schloss und der berühmten Bibliothek. Die frühere Jahnturnhalle ist vielen Wolfenbüttlerinnen und Wolfenbüttlern als Ort des Schul- und Vereinssports vertraut. Jetzt wurde die Halle für den Museumszweck restauriert. Das Museum soll das nahe Schloss Museum um die Stadtgeschichte von dem Ende der Entwicklung als Residenzstadt bis zur Gegenwart ergänzen. Es geht also um bürgerliches Leben im Schatten der Residenz, um Industrialisierung, um die Stadt im 19. und 20. Jahrhundert unter Einbeziehung der beiden Weltkriege, um die Zeit des „Wirtschaftswunder“ in den 1950er und 1960er Jahren, um die

Sanierung der Altstadt.

OM Architekten aus Braunschweig und die Berliner Ausstellungsgealter von gewerk design haben die Ausstellungsarchitektur entworfen. Eine zweigeschossige Stahlbühne unterteilt als „Ost-/Westachse“ den Museumsraum und bietet auf dem Balkon zugleich eine Veranstaltungsfläche für Vorträge und pädagogische Angebote. Eine umlaufende Panoramawand betont die in der Stadt vertraute Fachwerkarchitektur und präsentiert das Themenangebot des Museums. Hörstationen, 30 Biogramme und interaktive Installationen gehören zur Grundaussstattung.

Großen Wert legen Museumsleiterin Dr. Sandra Donner und ihre Mitarbeiter auf ein partizipatives Vorgehen. Die Geschichte der Bürgerinnen und Bürger der Stadt ist durch Leihgaben und Erinnerungen Teil des Museums. Die fortlaufende Sammlung und Integration von Exponaten aus Privatbesitz ist ausdrückliches Ziel. Für den Arbeits-

kreis Andere Geschichte ist die Neueröffnung ein Anlass zum Besuch. Museumsmitarbeiter Markus Gröchemeyer steht uns als Gesprächspartner zur Verfügung. So können wir vieles nachfragen – zum Beispiel, wie das Museum auf kritische Anmerkungen reagiert, die Sozialgeschichte käme in der Präsentation zu kurz.

Die Besichtigung beginnt am Samstag, den 24.3. um 14.00 Uhr im Bürger Museum, Prof. Paul-Rabe-Platz 1. Wir bitten um individuelle Anfahrt, vermitteln aber gerne Mitfahrmöglichkeiten. Wir bitten, um uns auf die Zahl der Beteiligungen einstellen zu können, um eine Anmeldung unter 0531/18957 oder andere_geschichte_braunschweig@t-online.de.

Wir freuen uns auf Ihr Interesse.

Frank Ehrhardt

Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531 18957; E-Mail:

andere_geschichte_braunschweig@t-online.de

V.i.S.d.P.: Martina Staats

Redaktion: Michael Wettern

Mitarbeiter dieses Rundbriefes: Regina Blume, Frank Ehrhardt, Beate Hornack, Gerald Hartwig, Bettina Mikhail, NLA WO, Isolde Saalman, Jannik Sachweh, Peter Sierigk, Martina Staats, Stadtarchiv Braunschweig, Michael Wettern

Druck: BS Print DigitalRepro GmbH, Wilhelmstr. 29, 38100 Braunschweig

Bankverbindung und Spendenkonto des Arbeitskreises bei der Postbank Hannover
IBAN: DE 1525 0100 3003 7120 3307
BIC: PBNKDEF